



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

4/2003

19.03.2003, 9. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur

Konjunktur aktuell:
Deutsche Wirtschaft noch in der Stagnation

Martina Kämpfe/Ibolya Mile

Gesunkenes Risikopotenzial für Finanzkrisen
und verbesserte wirtschaftliche Perspektiven
für 2003/2004 in Mittel- und Osteuropa

Constanze Dey

Direktinvestitionen in den mittel- und
osteuropäischen Beitrittsländern:
Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt?

Jutta Günther

Innovationskooperationen in Ost- und
Westdeutschland: überraschende Unterschiede

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Februar 2003

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch in der Stagnation*

Weltwirtschaft im Zeichen der Kriegsdrohung

Die Zuspitzung der weltpolitischen Lage lässt derzeit jegliche Konjunkturprognose als flüchtige Momentaufnahme erscheinen. Die Belastung aller wirtschaftlichen Aktivitäten durch die Erwartung einer Eskalation der Irak-Krise ist gestiegen. Auf den hoch reagiblen Erdöl-, Kapital- und Devisenmärkten zeigt sich eine deutliche Verunsicherung. Auf den Spotmärkten werden mit 33 US-Dollar je Barrel (Sorte Brent) bereits frühere Spitzenwerte erreicht. Der jüngste Ölpreisanstieg ist als Kostenschub vor allem ein negativer Angebotsschock für die Industrieländer, entzieht Kaufkraft und schwächt damit die Nachfrage. Die hohe Unsicherheit der Anleger findet in einer gedrückten Entwicklung der Kapitalmärkte ihren Niederschlag. Zur Dollarschwäche tragen die Wiederkehr des amerikanischen Zwillingsdefizits und die Sorgen um dessen Ausweitung in Folge des Irak-Konflikts bei.

Die anhaltende Unsicherheit hält Verbraucher und Investoren weltweit stärker in Schach als bislang in den IWH-Prognosen unterstellt.¹ Der aktualisierten Prognose liegt dennoch die Annahme zugrunde, dass sich die Lage ab dem Sommer etwas entspannt. Freilich ist nicht unterstellt, dass sich die Belastungsfaktoren gänzlich auflösen. So wird auch für die zweite Jahreshälfte und für das Jahr 2004 von einem Ölpreis ausgegangen, der mit 27 US-Dollar je Barrel an der Obergrenze des von der OPEC angestrebten Bandes liegt.

Diese Annahmen implizieren für die USA – gemeinsam mit einer weiterhin außerordentlich expansiven Fiskal- und Geldpolitik – eine Fortsetzung des moderaten Aufschwungs. Darauf deutet auch die jüngste Erholung der Investitionstätigkeit hin. Allerdings wird die deutliche Zurückbildung der Erwartungen über die mittelfristigen ökonomischen Perspektiven dafür sorgen, dass der Konsum und damit die gesamte Konjunktur nur nach und nach erstarben.

Im Euroraum bleibt die konjunkturelle Entwicklung schwach. Der jüngste, kräftige Rückgang des Verbrauchervertrauens lässt keine durchgrei-

fende Erholung des privaten Konsums erwarten. Dazu trägt der Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit letztlich die prekäre Lage auf den europäischen Arbeitsmärkten bei. Die Erwartungen der Unternehmen sind durch eine starke Verunsicherung geprägt. Die IWH-Prognose geht davon aus, dass die Konjunktur in den Mitgliedstaaten durch die Finanzpolitik nicht zum Erliegen gebracht, zugleich aber ein offenes Abrücken vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vermieden wird.

Stagnation in der deutschen Wirtschaft zunächst noch nicht überwunden

Die Konjunktur in Deutschland ist bereits zehn Quartale in Folge nicht richtig in Schwung gekommen. Im Schlussquartal des vergangenen Jahres stagnierte die gesamtwirtschaftliche Aktivität, und kurzfristig zeichnet sich keine Besserung ab. Vor allem mit der Erhöhung der Abgabenlast zu Beginn des Jahres lähmt die Wirtschaftspolitik die Antriebskräfte verstärkt. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat lassen allerdings die Fortsetzung der restriktiven Finanzpolitik im ursprünglich geplanten Ausmaß als nicht realisierbar erscheinen. So werden die im Konsolidierungspaket des Finanzministers vorgesehenen Steuererhöhungen zum größten Teil ausbleiben. Auch weitere Reformen am Arbeitsmarkt und bei den Gemeindefinanzen werden sich den politischen Mehrheitsverhältnissen stellen müssen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des drohenden Irak-Krieges, der drastisch gestiegenen Ölpreise und der fortgesetzten Euro-Aufwertung nimmt das IWH seine Konjunkturprognose für Deutschland leicht zurück. Für 2003 erscheint ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um ein Prozent nicht mehr wahrscheinlich. Das IWH geht jetzt von 0,8% aus. Wegen der gestörten Übertragungswege bleibt eine Unterstützung der Konjunktur in Deutschland durch die jüngsten Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank aus. Infolge der anhaltenden Binnenschwäche wird die konjunkturelle Dynamik im kommenden Jahr mit dem Nachlassen des außenwirtschaftlichen Impulses wieder zurückgehen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts erhält jedoch im Jahr 2004 einen zusätzlichen Impuls durch die kalenderbedingt größere Zahl von Arbeitstagen. Das Bruttoinlands-

* Dieser Beitrag wurde bereits als Pressemitteilung 4/2003 am 6. März 2003 veröffentlicht.

¹ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunkturausblick des IWH für 2003, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2003, S. 3-21.

produkt dürfte insgesamt um rund 2% gegenüber dem Vorjahr zunehmen.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2003 und 2004

| | 2002 | 2003 | 2004 |
|-------------------------------------|---|--------|--------|
| | <i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i> | | |
| Private Konsumausgaben | -0,6 | 0,7 | 1,8 |
| Staatskonsum | 1,5 | 0,9 | 0,7 |
| Anlageinvestitionen | -6,7 | -0,1 | 1,4 |
| Ausrüstungen und sonstige Anlagen | -7,7 | 1,5 | 5,0 |
| Bauten | -5,9 | -1,4 | -1,7 |
| Inländische Verwendung | -1,5 | 0,9 | 1,7 |
| Exporte | 2,6 | 5,0 | 9,0 |
| Importe | -2,1 | 6,1 | 8,8 |
| Bruttoinlandsprodukt | 0,2 | 0,8 | 2,1 |
| dar.: Ostdeutschland* | 0,1 | 1,3 | 1,8 |
| Nachrichtlich: USA | 2,4 | 2,6 | 3,6 |
| Euroraum | 0,8 | 1,6 | 2,1 |
| Mittelosteuropa | 3,0 | 3,5 | 4,0 |
| | <i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i> | | |
| Tariflöhne je Stunde | 2,6 | 2,8 | 2,3 |
| Effektivlöhne je Stunde | 2,0 | 2,6 | 2,6 |
| Lohnstückkosten ^a | 0,8 | 1,2 | 1,1 |
| Preisindex für die Lebenshaltung | 1,4 | 1,4 | 1,4 |
| | <i>in 1 000 Personen</i> | | |
| Erwerbstätige (Inland) ^b | 38 688 | 38 370 | 38 490 |
| Arbeitslose ^c | 4 060 | 4 320 | 4 170 |
| | <i>in %</i> | | |
| Arbeitslosenquote ^d | 9,5 | 10,1 | 9,8 |
| | <i>in % des nominalen BIP</i> | | |
| Finanzierungssaldo des Staates | -3,6 | -3,4 | -2,5 |

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; ab 2003 Prognose des IWH.

Der Kostenauftrieb in der Wirtschaft infolge der hohen Tarifabschlüsse und der gestiegenen Lohnnebenkosten wird zusammen mit dem Anziehen der Ölpreise und der schwachen Konjunktur den Druck auf die Beschäftigung verstärken. Im Schnitt wird die Arbeitslosigkeit sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr die 4-Millionen-Marke deutlich überschreiten.

Die schwache Konjunktur, aber auch die Nicht-durchsetzbarkeit der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Steuervorhaben tragen wesentlich dazu bei, dass die deutsche Defizitquote in diesem Jahr mit 3,4% des Bruttoinlandsprodukts die europäische Zielvorgabe erneut verfehlt. Dies ist jedoch hinzunehmen. Zum einen sollten die automatischen Stabilisatoren wirken, zum anderen sind Steuererhöhungen nicht der geeignete Weg zur Konsolidierung. Im laufenden wie auch im kommenden Jahr ist hingegen der Anstieg der nichtkonjunkturellen Ausgaben strikt zu begrenzen. Dazu müssen vor allem kostendämpfende Reformen am Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen durchgeführt werden. Keinesfalls sollten jedoch öffentliche Investitionen gekürzt werden. Um die Wachstumschancen in der Zukunft zu verbessern, müssen die investiven Ausgaben erhöht werden. Insgesamt erlaubt die vorgeschlagene Strategie, die öffentlichen Haushalte mittelfristig zu konsolidieren und das strukturelle Defizit auf null zurückzuführen.

Die weitere Entwicklung des weltwirtschaftlichen Umfeldes hängt wesentlich von den politischen Geschehnissen ab. Die Aktualisierung der Prognose steht unter dem Vorbehalt einer Deeskalation des Irak-Konfliktes in der zweiten Hälfte dieses Jahres. Sollte es zum Krieg kommen, wird die Weltwirtschaft von Turbulenzen erschüttert werden, deren ökonomische Folgen zwar für unterschiedliche Kriegsszenarien abgeschätzt werden können, eine wahrscheinliche Entwicklung der Konjunktur lässt sich damit aber nicht begründen. Selbst ein kurzer Krieg könnte vor dem Hintergrund des Zwillingsdefizits und steigender Ölpreise die Konjunktur in den USA schwächen. Strauchelt das Kernland der Weltwirtschaft, wird der bislang erwartete Aufschwung nicht in Gang kommen. Unberechenbar dürften die Folgen sein, wenn neue Terroranschläge die Welt überziehen.

Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Gesunkenes Risikopotenzial für Finanzkrisen und verbesserte wirtschaftliche Perspektiven für 2003/2004 in Mittel- und Osteuropa

Die aktuellen Berechnungen einer regelmäßig durchgeführten Frühwarnindikatorenanalyse des IWH ergaben, dass sich das Risikopotenzial für Finanzkrisen für die Mehrzahl der Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas verringerte. Dahinter stand eine durchgängige Verbesserung der monetären Indikatoren, die eine Verschlechterung der realwirtschaftlichen Indikatoren in einigen Ländern kompensierte. Eine Ausnahme stellt Ungarn dar, wo sich der Konflikt zwischen einer expansiven Fiskalpolitik und einer restriktiven Geldpolitik zuletzt zuspitzte. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts schwächte sich 2002 ab, lag aber mit Ausnahme von Polen und Tschechien bei über 3%. Dieser Anstieg wurde vorrangig von der Binnennachfrage und weniger vom Export getragen. Im Rahmen der Binnennachfrage nahm der private Konsum durchgängig zu, während der öffentliche Konsum und die Investitionstätigkeit eher uneinheitlich in der Region ausfielen. Für das Jahr 2003 ist mit weiteren geldpolitischen Stabilisierungs- und fiskalpolitischen Konsolidierungsbemühungen zu rechnen. Da sich das Exportwachstum wieder deutlich beschleunigen wird, ist insgesamt mit einer leichten Verstärkung des BIP-Zuwachses auf 3,4% in Mitteleuropa und dem Baltikum und 3,7% in Russland zu rechnen. Die Inflation wird sich im laufenden Jahr wegen des Ölpreisanstiegs in den meisten Ländern wieder etwas beschleunigen, im Jahr 2004 dagegen sinken. Im Jahr 2004 wird das Wirtschaftswachstum weiter zunehmen, vorausgesetzt allerdings, ein militärischer Konflikt um den Irak kann vermieden werden.

Frühindikatoren zeigen Anzeichen für abnehmendes Risikopotenzial

Das IWH führt regelmäßig Untersuchungen für die mittel- und osteuropäischen Länder durch, die auf der Grundlage von verschiedenen Frühwarnindikatoren² die Aufdeckung von Krisengefahren ermög-

lichen. Die aktuelle Berechnung basiert auf Daten für den Untersuchungszeitraum von April 2001 bis September 2002. Im Gegensatz zu der letzten Bewertung,³ die Daten bis zum März 2002 einschloss, zeigte sich für fast alle Länder eine Abschwächung der Risiken für den Ausbruch einer Finanzkrise (vgl. Abbildung 1). Dabei signalisiert der aus den Einzelindikatoren (vgl. Abbildung 2) ermittelte Gesamtindikator signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien und Slowenien zeichnen sich durch geringe Risikopotenziale aus. Das Gefahrenpotenzial für Polen und die Slowakei fiel zwar gegenüber dem Beginn der Untersuchungsperiode (April 2001) höher aus, schwächte sich allerdings in den letzten Monaten der Periode ab. Eine Ausnahme bildet Ungarn, wo das Risiko einer Finanzkrise bis zum aktuellen Rand zunahm.

Besonders stark fällt die Wende zu einer Verbesserung in Polen auf. Nach dem seit Anfang 2001 anhaltenden Anstieg des Risikopotenzials ist anhand der Indikatorwerte nun eine Entspannung eingetreten. Dieser Fortschritt kann auf die deutliche Verbesserung der geld- und währungspolitischen Indikatoren zurückgeführt werden. Die Ausweitung der Geldmenge wurde im Bankensektor durch die Einschränkung der inländischen Kreditaufnahme gebremst. Gleichzeitig schwächte sich der Kapitalabzug aus dem Bankensystem ab. Das Verhältnis der ausländischen Komponente zum gesamten Geldangebot verbesserte sich leicht als Folge einer leichten Abwertung des Zloty. Diese Abwertung verminderte den realen Aufwertungsdruck, unter dem die polnische Wirtschaft seit einigen Jahren gelitten hatte.

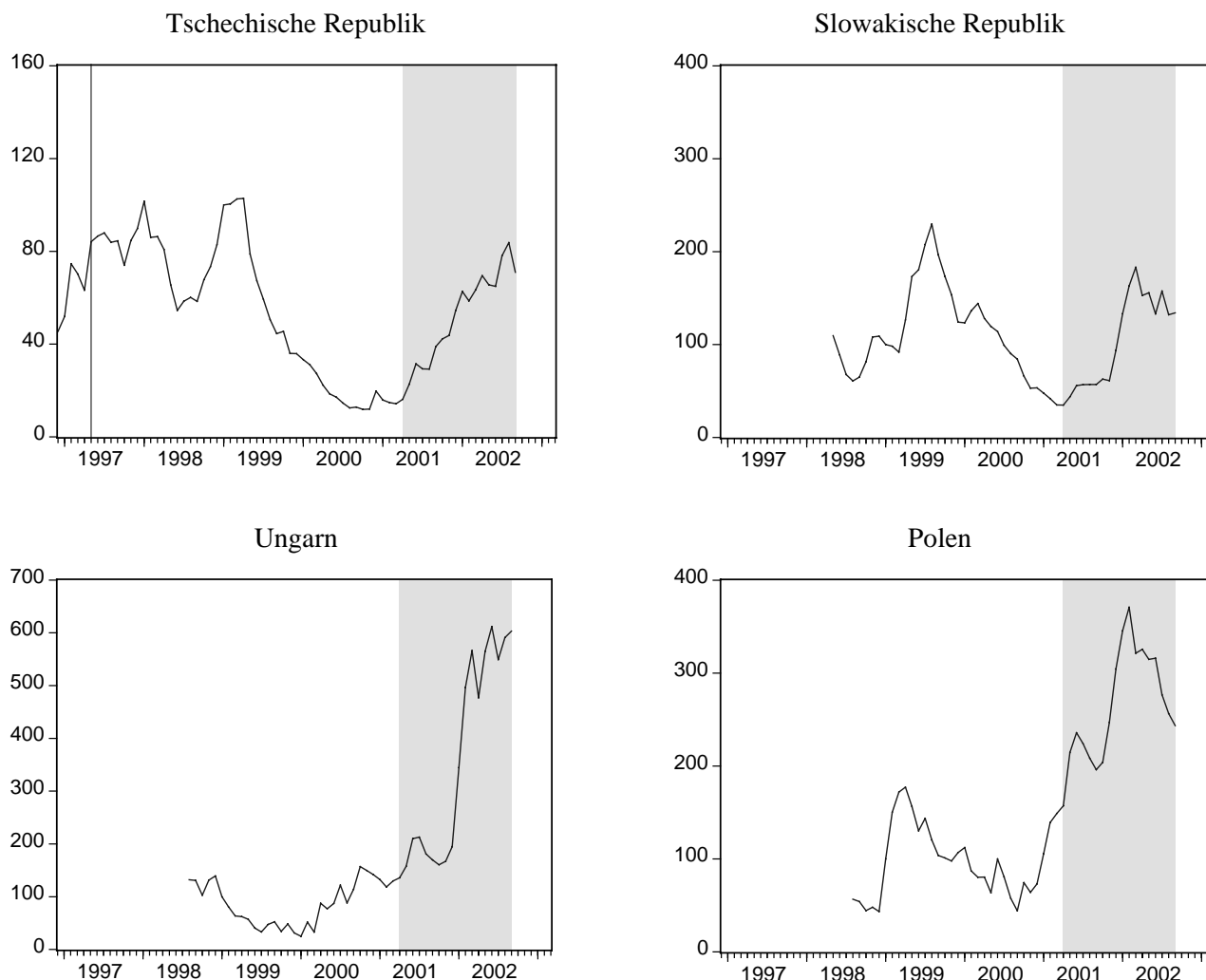
Dennoch bleiben Leistungsbilanzdefizite ein Thema im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum. Weitere Verschlechterungen des Saldo ergaben sich im Laufe des Untersuchungszeitraums (April 2001 bis September 2002) aber weniger

² Zur Untersuchungsmethode vgl.: BRÜGGEMANN, A.; LINNE T.: Die Bestimmung des Risikopotentials von Finanzkrisen anhand eines Frühwarnindikatorensystems. Eine Untersuchung der EU-Beitrittskandidatenländer und ausgewählter Staaten Mittel- und Osteuropas. Schriften des IWH, Band 13. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002. Die Berechnungen wurden auch in BRÜGGEMANN, A.;

LINNE T.: Unterschiedliche Risikopotenziale für Währungszurbulenzen in Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 13/1999, S. 8-12 ausführlich beschrieben.

³ Vgl. KÄMPFE, M.; LINNE, T.: Gestiegenes Risikopotenzial für Finanzkrisen in Mittel- und Osteuropa: Gegenmaßnahmen dämpfen die Konjunktur, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2002, S. 356-359.

Abbildung 1:
Verlauf des Risikoindikators für ausgewählte mittel- und osteuropäische Länder



Anmerkung: Ein Anstieg des Indikators bedeutet eine Erhöhung des Risikopotentials für eine Finanzkrise. Der Indikator ist normalisiert d. h. 1999:1 = 100.
Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

durch ein sich rasch beschleunigendes Importwachstum, sondern eher durch die Verlangsamung des Exportwachstums. Das zeigt sich in der Verbesserung des Importindikators bei allen Ländern der Region infolge einer abgeschwächten Zunahme der Gesamtnachfrage.

Der Exportindikator weist auf eine deutliche Anspannung der außenwirtschaftlichen Lage für Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn; diese Länder waren von der schwachen Nachfrageentwicklung in der EU besonders betroffen. Der Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit – der reale Wechselkurs – zeigt nur für Tschechien und Ungarn eine Verschlechterung. Die Währungen der beiden Länder werteten auch nominal gegenüber dem Euro auf, während der Indi-

kator für Polen und die Slowakei eine Abschwächung der realen Aufwertungstendenz berichtet.

Für die baltischen Staaten, Slowenien, Bulgarien und Rumänien signalisiert der Exportindikator keine bedeutsame Verschlechterung in der Exportleistung während des gesamten Untersuchungszeitraums. In diesen Staaten setzte sich das Wachstum auf einem stabilen, von der Inlandsnachfrage gestützten Pfad fort.

Aus Sicht des Frühwarnindikatorenansatzes lastet auf einigen Ländern ein zu hohes fiskalisches Defizit. Dazu gehört neben Slowenien, Polen, die Slowakei und Ungarn auch Tschechien, das ein nur geringes und gegenüber dem Jahr 2001 sogar gesunkenes Defizit aufweist (vgl. Tabelle 1). Dies ist damit zu erklären, dass der Signalansatz nicht auf

Abbildung 2:
Verhalten der Indikatoren von April 2001 bis September 2002

| | Budget- defizit | Industrie- produk- tion | Ex- porte | Im- porte | Realer Wechsel- kurs | Bank- einlagen | M2 Multi- plikator | Kreditge- währung/ BIP | Devisen- reser- ven | M2/ Devisen- reserven | Kurzfr. Auslands- verschul- dung | Kredit-/ Ein- lagezins |
|------------|--------------------|-------------------------------|--------------|--------------|----------------------------|-------------------|--------------------------|------------------------------|---------------------------|-----------------------------|---|------------------------------|
| Ungarn | ● | ● | ● | ⊗ | ● | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ● | ● | | ● |
| Slowakei | ● | ● | ● | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | | ⊗ | ⊗ | ⊗ |
| Tschechien | ● | ● | ● | ⊗ | ⊗ | | ⊗ | | | ⊗ | ⊗ | ● |
| Polen | ● | ● | ● | | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ● |
| Estland | ⊗ | ⊗ | | ⊗ | | | ⊗ | | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ● |
| Rumänien | ⊗ | ⊗ | | ⊗ | ⊗ | | ⊗ | | | | ⊗ | ● |
| Slowenien | ● | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | |
| Litauen | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ⊗ | ● |
| Lettland | ⊗ | ⊗ | | | ⊗ | | | ⊗ | ⊗ | ⊗ | | ⊗ |
| Bulgarien | | ⊗ | | ⊗ | | | ⊗ | ⊗ | | ⊗ | | ⊗ |

● = starkes Signal; ⊗ = schwaches Signal; – Kein Eintrag bedeutet, dass der Indikator kein Signal während des Betrachtungszeitraumes sendete.

Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

die absolute Höhe des aktuellen Defizits blickt, sondern diesen in Relation zu einem Schwellenwert setzt, der empirisch aus allen Beobachtungen der Vergangenheit ermittelt wird. Historisch gese-

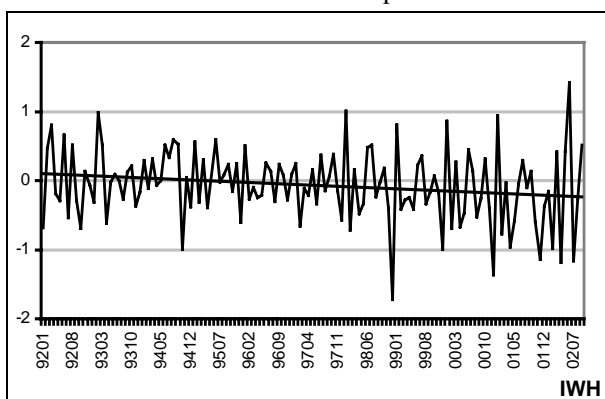
Tabelle 1:
Saldo des Staatshaushalts^a
- in % des Bruttoinlandsprodukts -

| | 31.12.2001 | 31.03.2002 | 30.06.2002 | 30.09.2002 |
|-----------------|------------|------------|------------|------------|
| Polen | -4,32 | -9,24 | -6,80 | -5,23 |
| Slowakei | -4,49 | -6,20 | -4,76 | -4,05 |
| Tsche- chien | -3,14 | -2,98 | -0,08 | -1,29 |
| Ungarn | -2,79 | -5,02 | -4,53 | -4,20 |

^a Zentralhaushalt; kumulierte Werte.

Quellen: WIIW-Datenbank; Nationale Statistiken.

Abbildung 3:
Monatlicher Budgetsaldo in Tschechien
- in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

hen ergibt sich im Falle Tschechiens tatsächlich eine trendmäßige Verschlechterung (vgl. Abbildung 3).⁴

Diese zu hohen Defizite stehen im Kontrast zur Verbesserung der geldpolitischen Indikatoren. Dieser Kontrast dokumentiert einen Konflikt zwischen einem expansiven fiskalpolitischen Kurs und einer restriktiven Geldpolitik, der insbesondere in Polen, der Slowakei und Ungarn noch nicht gelöst werden konnte.⁵ Mit Blick auf die Inflationsgefahren, die aus der hohen Staatsverschuldung resultieren, sahen hier die Zentralbanken keinen Spielraum für eine Rückführung ihrer Leitzinsen, die auch eine Realzinssenkung ermöglicht hätte (vgl. Tabelle 2). Hingegen nahm die Tschechische Nationalbank Schritte zur deutlichen Herabsenkung des Referenzzinssatzes unter das Niveau im Euroraum vor. Die Leitzinsreduktion geschah hier ungeachtet der trendmäßigen Verschlechterung der fiskalischen Situation.

Während Polen, die Slowakei und Ungarn im letzten Quartal 2002 zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses ausländischer Kapitalanleger gerieten, trug in Tschechien die Zinssenkung zu einer Abnahme des Zustroms an spekulativem Ka-

⁴ Die verwendeten Daten beinhalten auch die Finanztransaktionen des Staates, wie z. B. Privatisierungseinnahmen. Der Ausschluss dieser Transaktionen führt zu einer wesentlichen Verschlechterung des Budgetsaldos in einzelnen Jahren.

⁵ Auf den Beginn dieses Konflikts wiesen Kämpfe und Linne im vorhergehenden Bericht hin. Vgl. KÄMPFE, M.; LINNE, T., a. a. O.

pital bei. In den drei erst genannten Ländern wurden vorwiegend staatliche Anleihen nachgefragt. Die Begeisterung für diese Anlageform in der Region wurde durch positive Nachrichten über den EU-Beitritt nach dem guten Ausgang der irischen Volksabstimmung und der Aufstellung eines konkreten Zeitplans für den Erweiterungsprozess ausgelöst. Der von den Ländern angestrebte baldige Beitritt in die Wirtschafts- und Währungsunion lässt eine signifikante Senkung der zur Zeit hohen Zinssätze in der Region erwarten. Die Anleger versuchen gegenwärtig, die noch hohen Zinsen für sich zu sichern und später Kursgewinne zu realisieren. Im Lichte der positiven Zukunftsaussichten wird offenbar auch nur ein minimales Risiko für Zahlungsausfälle angenommen.

Tabelle 2:
Leitzinsen der Zentralbanken

| | 31.12.2001 | 31.03.2002 | 30.06.2002 | 30.09.2002 |
|------------|------------|------------|------------|------------|
| Polen | 11,50 | 10,00 | 8,50 | 7,50 |
| Slowakei | 8,80 | 7,75 | 8,25 | 8,25 |
| Tschechien | 3,75 | 3,25 | 2,75 | 2,00 |
| Ungarn | 9,75 | 8,50 | 9,00 | 9,50 |

Quelle: Zentralbanken der aufgeführten Länder.

Allerdings sind diese Kapitalzuflüsse für die betroffenen Länder auch ein Risikofaktor. Eine relativ schnelle Umkehr könnte dann eintreten, wenn Zweifel an der raschen Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Beitritt in den Euroraum aufkommen. Zusätzlich zwingen die Zuströme die Zentralbanken zu einer Erosion der Hochzinspolitik und gefährden die Inflationsbekämpfung, wenn die Währungspolitik versucht, einer unerwünschten nominellen Aufwertung der heimischen Währung vorzubeugen.

Ungarn: Risikopotenzial weiter gestiegen

Besonders deutlich wird diese Problematik für das im Fokus der Anleger stehende Ungarn, wo die höchsten Zinssätze der gesamten Region gelten. Die selbstauferlegte Verpflichtung, den Wechselkurs gegenüber dem Euro innerhalb eines bestimmten Bandes zu halten, zwang die Nationalbank zur wiederholten Absenkung des Refinanzierungssatzes zwischen November 2002 und Januar 2003, da Interventionen zur Abwehr eines Ausbrechens des Wechselkurses aus dem Schwankungskorridor nicht mehr ausreichten. Doch beide Alter-

nativen der Einflussnahme auf dem Devisenmarkt erhöhen für das Land die Inflationsgefahr und verzögern möglicherweise die Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Beitritt zur Währungsunion. Dadurch wird zwar der Beitritt in die EU auf keinen Fall aufgeschoben, da die Frage der nominalen Konvergenz kein Gegenstand der Beitrittsverhandlungen war. Doch kann sich die Stimmung der Anleger gegen die ungarischen Anleihen und die ungarische Währung wenden. Die Gefahr starken Kapitalzustroms für die Volkswirtschaft wird hierdurch sichtbar.

Doch bereits vor diesen Ereignissen war das Risikopotential für eine Finanzkrise, das ohnehin schon auf einem hohen Niveau lag, gestiegen (vgl. Abbildung 1). Die Ursachen hierfür lagen vor allem noch an realwirtschaftlichen Faktoren; schwache Dynamik der Exporte und der Industrieproduktion, Ausweitung des Differentials zu den ausländischen Realzinsen und starke reale Aufwertung des Forint gegenüber dem Euro. Letztere wurde auch durch die stetige nominale Aufwertung seit der Öffnung der Bandbreite für Schwankungen des Wechselkurses im Mai 2001 verstärkt.

Zum Ende des Untersuchungszeitraums ist das Defizit des Staatsbudgets so rasant angewachsen, dass auch das entsprechende Warnsignal unter den Frühindikatoren aufleuchtete. Die Regierung hat nun im Budgetgesetz für 2003 Korrekturen bei den öffentlichen Ausgaben verankert, die auf eine Halbierung des Defizits hinauslaufen. Sofern dies spürbar realisiert würde, könnte die Inflationsgefahr abnehmen und der Spielraum für Zinssenkungen durch die Nationalbank größer werden.

Wirtschaftliche Entwicklung der Region blieb 2002 trotz Abschwächung robust

Bei allen Ländern reflektieren einige Warnsignale des Indikators eine Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr. Das reale Bruttoinlandsprodukt schwächte sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas gegenüber dem Vorjahr zwar ab (vgl. Tabelle 3), blieb aber höher als in der EU. Aufgrund der noch immer geringen Nachfrage aus den EU-Ländern gingen keine wesentlichen Impulse vom Außenhandel auf die Wirtschaftsentwicklung aus. Die Binnennachfrage erwies sich in den Ländern jedoch als stabile Stütze, sodass die wirtschaftliche Expansion vergleichsweise robust verlief; in der Slowakei war sogar eine Beschleunigung des BIP-Wachstums zu

Tabelle 3:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

| | Gewicht (BIP) in % | Bruttoinlandsprodukt | | | | Verbraucherpreise | | | | Arbeitslosenquote | | | |
|---|----------------------------------|--|------|------|------|-------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|
| | | Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | in% | | | |
| | | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
| Polen | 25,4 | 1,0 | 1,3 | 2,8 | 3,5 | 5,5 | 1,9 | 2,5 | 2,5 | 17,5 | 18,1 | 17,8 | 17,0 |
| Tschechien | 7,9 | 3,3 | 2,5 | 3,0 | 4,0 | 4,7 | 1,8 | 2,0 | 2,5 | 8,6 | 9,2 | 10,0 | 9,0 |
| Ungarn | 7,2 | 3,8 | 3,2 | 3,6 | 4,2 | 9,2 | 5,3 | 6,5 | 4,0 | 5,7 | 5,7 | 5,5 | 5,0 |
| Rumänien | 5,5 | 5,3 | 4,5 | 4,6 | 4,8 | 32,9 | 22,8 | 17,0 | 14,0 | 8,6 | 10,2 | 10,0 | 9,5 |
| Slowakei | 2,8 | 3,3 | 4,0 | 3,3 | 4,0 | 7,3 | 3,4 | 5,0 | 4,5 | 18,3 | 17,8 | 17,5 | 17,0 |
| Slowenien | 2,6 | 3,0 | 3,0 | 3,5 | 4,0 | 8,4 | 7,5 | 7,0 | 5,0 | 6,4 | 6,5 | 6,4 | 6,2 |
| Bulgarien | 1,9 | 4,0 | 4,0 | 4,3 | 5,0 | 7,4 | 5,8 | 5,5 | 4,0 | 18,9 | 17,7 | 17,2 | 16,2 |
| Mitteleuropa ^a | 53,4 | 2,5 | 2,4 | 3,2 | 3,9 | 9,1 | 5,0 | 4,9 | 4,2 | 13,1 | 13,5 | 13,3 | 12,6 |
| Estland | 0,8 | 5,0 | 5,2 | 5,0 | 5,0 | 5,7 | 3,6 | 4,5 | 3,7 | 12,6 | 10,5 | 10,0 | 9,5 |
| Lettland | 1,1 | 7,6 | 5,0 | 5,5 | 6,0 | 2,5 | 2,0 | 2,5 | 2,0 | 13,0 | 13,5 | 12,0 | 12,0 |
| Litauen | 1,7 | 5,9 | 5,9 | 5,0 | 5,5 | 1,3 | -0,1 | 1,5 | 1,5 | 17,0 | 16,6 | 14,0 | 14,0 |
| Baltische Länder ^a | 3,5 | 6,2 | 5,5 | 5,2 | 5,5 | 2,6 | 1,3 | 2,5 | 2,1 | 14,8 | 14,4 | 12,6 | 12,5 |
| Mitteleuropa und Baltikum ^a | 56,9 | 2,7 | 2,6 | 3,4 | 4,0 | 8,7 | 4,8 | 4,8 | 4,0 | 13,2 | 13,5 | 13,3 | 12,6 |
| Russland | 43,1 | 5,0 | 4,3 | 4,0 | 4,0 | 21,6 | 16,0 | 14,0 | 12,0 | 8,9 | 8,0 | 8,0 | 7,0 |
| Mittelosteuropa ^a | 100,0 | 3,7 | 3,3 | 3,6 | 4,0 | 14,3 | 9,6 | 8,7 | 7,5 | 10,6 | 10,2 | 10,1 | 9,2 |

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar; Arbeitslosenquote standardisiert und gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2002: Schätzung des IWH; 2003 und 2004: Prognose des IWH.

verzeichnen. Insgesamt lag der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in der Region Mitteleuropa und Baltikum mit 2,6% nur knapp unter dem des Vorjahres, wobei der Durchschnitt vor allem durch das geringe Wachstum der zweitgrößten Volkswirtschaft (Polen) beeinflusst wurde. Die Wachstumsabschwächung Russlands, der größten Volkswirtschaft, bewirkte, dass die BIP-Wachstumsrate der gesamten Region Mittel- und Osteuropa von 3,7% im Jahre 2001 auf 3,3% im vergangenen Jahr abnahm.

Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die bereits seit einigen Jahren zu beobachten ist: belebende Impulse kommen immer weniger von der Außennachfrage, dagegen leistet die Binnennachfrage einen zunehmenden Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien wurde die Nachfrage in den Ländern durch umfangreiche staatliche Investitionsprogramme, Stützungen bei der Anhebung administrierter Preise oder Gehaltserhöhungen im öf-

fentlichen Dienst belebt. Dieser politisch herbeigeführte Wechsel in den Auftriebskräften ist für kleine offene Volkswirtschaften, wie es die Länder der Region mit Ausnahme Russlands sind, nicht unproblematisch. Insbesondere stellt sich die Frage, wie die mit einer expansiven Ausrichtung der Fiskalpolitik einhergehende Zunahme der Binnennachfrage mit einer weiterhin erforderlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vereinbar ist. Die privaten Investitionen wuchsen nur in den baltischen Ländern nochmals kräftig; in den übrigen Ländern blieb ihr Wachstum unter dem des Vorjahres. In zwei Ländern (Polen und Slowakei) sanken die Investitionen. In Polen trat erstmals seit einigen Jahren wieder im Jahresverlauf eine leichte konjunkturelle Belebung ein, die auf den privaten Konsum und einen stärkeren Anstieg der Exporte gegen Jahresende zurückging.⁶

⁶ Vgl. UN-ECE: Economic Survey of Europe, 2002 No. 2, S. 19.

Auch in Russland, das über Jahre seine Wachstumsimpulse vor allem aus dem Export von Rohöl und Rohstoffen erhielt, entwickelte sich die Inlandsnachfrage im vergangenen Jahr zur vorrangigen Auftriebskraft. Wegen der Abflachung des Welthandels kam es zu einer weiteren Abschwächung des Produktionsanstiegs insbesondere in der Ölindustrie, der Metallverarbeitung, im Maschinenbau und der Papierindustrie. Zusammen mit einer durch die Inlandsnachfrage getragenen Importzunahme führte dies zu einer Reduzierung des Außenbeitrages. Diese Entwicklung ging mit einem deutlich geringeren Anstieg der Investitionen einher, da sich die Finanzlage der Unternehmen verschlechterte. Der private Konsum nahm abermals stark zu, bedingt durch kräftige Steigerungen der Löhne und Sozialtransfers.

Der Rückgang der Inflation setzte sich in allen Ländern der Region im vergangenen Jahr fort. Dies war einerseits das Ergebnis guter Ernten, die zu einem nur gedämpften Anstieg der Nahrungsmittelpreise beitrugen. Hinzu kam die nominale Aufwertung der meisten Währungen. Andererseits hatte die gezielte Strategie der Zentralbanken zur Inflationsrückführung (inflation targeting) im Hinblick auf die Erfüllung des Stabilitätskriteriums im Vorfeld des EU-Beitritts ihren Anteil am Inflationsrückgang. In Polen und der Slowakei wurde das Inflationsziel der Zentralbank sogar übertroffen. Dies gilt auch für Tschechien, obwohl hier die Nationalbank weniger restriktiv agierte. Gefahren drohen jedoch von der Fiskal- sowie von der Einkommenspolitik: Die Nominallohnsteigerungen lagen über der Steigerung der Produktivität.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig. In den meisten Ländern verharrte die Arbeitslosigkeit aufgrund fortgesetzter Umstrukturierungen auf hohem Niveau oder stieg sogar noch leicht. Der private Sektor expandierte zwar, konnte aber die freigesetzten Arbeitskräfte nicht vollständig absorbieren. In einigen Ländern ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit auch durch die Abschwächung der Wirtschaftsleistung zu erklären.

2003: konjunkturelle Dynamik nimmt zu

Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich in der gesamten Region in den Jahren 2003 und 2004 trotz einiger aktueller Risiken wieder beleben; dies geht insbesondere auf die beiden größten Volkswirtschaften Polen und Russland zurück. Für die

Prognose wird unterstellt, dass die Nachfrage in der EU im Zuge der weltwirtschaftlichen Konjunkturerholung im Verlaufe von 2003 wieder ansteigt. Außerdem wird ein gegenüber dem Durchschnitt des vergangenen Jahres um 25% gestiegenes Erdölpreinsniveau angenommen,⁷ das sich zu Beginn dieses Jahres vor dem Hintergrund eines schwelenden Konfliktes um den Irak herausgebildet hat. Dies wird in den rohölabhängigen mittel- und osteuropäischen Ländern über eine entsprechende Inflationswirkung die inländische Nachfrage dämpfen. Ein steigender Rohölpreis wird die Finanzlage der russischen Erdölunternehmen dagegen verbessern und erfahrungsgemäß einen belebenden Impuls auf die Konjunktur haben.

Gleichwohl wird die Binnennachfrage auch 2003 der wichtigste Nachfragefaktor bleiben. Vor allem in Polen, wo sich gegen Ende des vergangenen Jahres die Anzeichen für eine allmähliche Erholung verdichtet haben, ist eine wirtschaftliche Belebung zu erwarten. Dagegen wird durch die geplanten Maßnahmen zum Abbau des Budgetdefizits in der Slowakei eine merkliche Dämpfung der wirtschaftlichen Expansion und in Ungarn nur eine leichte Erholung einsetzen. In Russland wird das reale Bruttoinlandsprodukt bei etwa 4% verharren. In der gesamten Region werden nach 3,3% BIP-Wachstum im vergangenen Jahr durchschnittlich 3,6% in diesem Jahr erreicht werden. Im nächsten Jahr – 2004 – ist mit einem Anziehen der Auslandsnachfrage zu rechnen, wodurch die dämpfenden Effekte der fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen teilweise kompensiert werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird in Mitteleuropa und dem Baltikum im Jahr 2004 durchschnittlich um 4,0% zulegen.

Begleitet wird die wirtschaftliche Entwicklung allerdings von einem ölpreisinduzierten Preisauftrieb, der trotz der Stabilisierungsbemühungen im laufenden Jahr 2003 in vielen Ländern zu einem leichten Anstieg der Inflationsrate beitragen wird. Im Jahr 2004 wird sich die Inflationsrate dagegen abschwächen, wenn der Ölpreis wieder auf sein Vorkrisenniveau fällt.

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

Ibolya.Mile@iwh-halle.de

⁷ Laut Annahme steigt der Erdölpreis von durchschnittlich 24 US-Dollar je Barrel 2002 auf 30 US-Dollar je Barrel 2003.

Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern: Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt?

Die Auswirkungen des Beitritts der mittel- und osteuropäischen Länder zur Europäischen Union werden angesichts der zu erwartenden ökonomischen Rückwirkungen auf die bisherigen Mitgliedsstaaten kontrovers diskutiert. Besonders die Frage, inwieweit deutsche Direktinvestitionen im Ausland zum Verlust von Arbeitsplätzen oder zu Verteilungskämpfen in Deutschland führen, steht dabei angesichts der heimischen Beschäftigungssituation im Mittelpunkt. Tatsächlich ist der hiesige Arbeitsmarkt besonders in den Tätigkeitsbereichen niedrig qualifizierter bzw. gering entlohnter Arbeitskräfte unter Druck geraten, und es wird befürchtet, dass dies u. a. eine Folge von Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern ist. Die Analyse zeigt aber, dass nur ein geringer Teil der deutschen Auslandsinvestitionen durch Kostenüberlegungen motiviert sind.

Die gegenwärtigen Mitgliedsländer der EU und die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer weisen Unterschiede in der Faktorausstattung und den Faktorpreisen der Produktion auf. Hiervon gehen Anreize für Handels- und Direktinvestitionsströme aus, die bei zunehmender Liberalisierung zu einer fortschreitenden Integration dieser Wirtschaftsräume führen.⁸ Im Zuge dessen sind die Volkswirtschaften beider Ländergruppen mit strukturellen Anpassungserscheinungen konfrontiert, von denen Ökonomen eine Erhöhung der Effizienz erwarten, deren Kosten und Nutzen jedoch unterschiedlich auf die betroffenen Sektoren in den jeweiligen Ländern verteilt sein werden.

Damit gerät gerade vor dem Hintergrund der angespannten Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Frage in den Blickpunkt, ob für das Herkunftsland ausländischer Direktinvestitionen eine mögliche negative Wirkung hinsichtlich der Beschäftigung, also ein „Jobexport“ in das Empfängerland zu befürchten ist.

Tatsächlich öffnet sich in der Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland und der mit der deutschen Direktinvestitionstätigkeit verbundenen Be-

schäftigung im Ausland, hierunter auch in den Reformländern⁹, eine Schere: Während in Deutschland zwischen 1992 und 2000 etwa 2,236 Mio. Arbeitsplätze abgebaut wurden, stieg die Beschäftigung in deutschen Auslandsunternehmen um 1,850 Mio. an. Davon entfällt auf die mittel- und osteuropäischen Reformländer allein ein Anteil von knapp 29%, zu dem in der Hauptsache Polen, Tschechien und Ungarn beitragen.

Es wäre sicher verfehlt, wollte man aus dieser Gegenüberstellung schließen, dass der inländische Rückgang der Beschäftigung allein in ursächlichem Zusammenhang mit den Direktinvestitionen steht. Allerdings macht die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Befürchtungen um die Verlagerung deutscher Produktionsstandorte oder die Bevorzugung der Beitrittsländer im Zuge von Neuinvestitionen verständlich. Es soll daher untersucht werden, in welchem Maße die deutschen Direktinvestitionen zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Direktinvestitionsmotive und Beschäftigungswirkung

Zwei wesentliche Motive, nach der sich ausländische Direktinvestitionen¹⁰ klassifizieren lassen und die Aufschluss für die Einschätzung der Wirkung auf die heimische Beschäftigung bieten, sind die Marktorientierung und die Kostenorientierung.

Marktorientierten Auslandsinvestitionen liegt ein Streben nach Erschließung neuer Märkte oder nach weiterer Durchdringung der Auslandsmärkte zugrunde. Hierfür werden die im Ausland errichteten Produktionskapazitäten zusätzlich zu den inländischen installiert. Damit ist kurz- und mittelfristig ein positiver Beschäftigungseffekt durch In-

⁸ Der direkten Wanderung des Faktors Arbeit sind aufgrund bisheriger Mobilitätsschranken noch erhebliche Grenzen gesetzt.

⁹ Unter den Reformländern werden hier die Länder Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zusammengefasst. (Russland wird außer Acht gelassen, da es nicht zur Gruppe der Beitrittskandidaten gehört.) Die hier mit MOEL3 bezeichneten Länder umfassen Polen, Tschechien und Ungarn.

¹⁰ Als Direktinvestition gilt die Übertragung von Finanz- oder Realkapital ins Ausland mit dem Ziel, langfristig Einfluss auf die dortige Unternehmenstätigkeit zu gewinnen. Zur statistischen Abgrenzung und Erfassung ausländischer Direktinvestitionen vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Kapitalverflechtung mit dem Ausland. Mai 2002.

Tabelle 1:

Entwicklung der Zahl der Arbeiter und Angestellten in Deutschland und der Beschäftigten in Unternehmen mit deutscher Beteiligung im Ausland in den Jahren 1992 und 2000

- in 1 000 -

| | 1992 | 2000 | Veränderung | |
|---|--------|--------|-------------|--------------------------------------|
| Arbeiter und Angestellte in Deutschland | 29 840 | 27 604 | -2 236 | |
| Beschäftigung in Unternehmen mit deutscher Beteiligung im Ausland insgesamt | 2 510 | 4 360 | 1 850 | |
| darunter: | | | absolut | Anteil an der Gesamtveränderung in % |
| in Industrieländern | 1 737 | 2 738 | 1 001 | 54 |
| darunter: EU | 865 | 1 569 | 704 | 38 |
| in Reformländern | 107 | 641 | 534 | 29 |
| darunter: MOEL3 | 96 | 515 | 419 | 23 |

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, mehrere Jahrgänge; Deutsche Bundesbank: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, mehrere Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

duzierung zusätzlicher Exporte über die Lieferung von Investitionsgütern für die ausländische Produktion vorstellbar. Ebenso könnte der über Auslandsinvestitionen vermittelte Aufbau von Vertriebskanälen und vertriebsbegleitenden Dienstleistungen zu einer verstärkten Exporttätigkeit des Herkunftslandes und damit zur Schaffung oder Sicherung heimischer Arbeitsplätze führen.

Folgt die Direktinvestition der Kostenorientierung, so soll mit der Nutzung von im Ausland billigeren Produktionsfaktoren (Lohnhöhe, Kosten für den Umweltschutz etc.) eine Kostenoptimierung über die gesamte Produktionskette hinweg erreicht werden. Derartige Kostenanreize können dann dazu führen, dass u. a. arbeitsintensive Teile der Wertschöpfungskette ins Ausland verlagert werden, mit der Folge, dass in diesem Segment die inländische Beschäftigung abnimmt bzw. die Entlohnung des Faktors Arbeit relativ sinkt. Auch hier kann jedoch ein gegenläufiger Effekt eintreten: Selbst wenn das Kostenminimierungsbestreben als dominierendes Investitionsmotiv zugrunde liegt, so würde die Ausnutzung des letztlich im Inland mitverursachten Kostendifferentials und die zumindest partiell zu erwartende Fortführung von Teilen der Wertschöpfungskette im Inland noch immer Arbeitsplätze sichern. Setzte man dagegen die nunmehr verlagerte Produktion weiter im Inland fort, so bestünde die Gefahr, den Auslandsmarkt früher oder später ohnehin an die dort günstiger produzierenden Wettbewerber abgeben zu müssen. Die Verlagerung von Teilen der Wertschöpfungskette an einen Ort, der einen Kostenvorteil aufweist, kann letztlich zu einer für das Gesamtunternehmen verbesserten Wett-

bewerbsituation und in der Folge zur Sicherung oder gar zum Ausbau der heimischen Produktion führen, auch wenn dies vor allem im Bereich niedrig qualifizierter und damit niedrig entlohnter Produktionsstufen zu Beschäftigungseinbußen und zum Druck auf die dortige Vergütung führt.

Einfluss bisheriger Direktinvestitionen auf die Beschäftigung

Zur Beantwortung der Frage, wie beschäftigungsrelevant die Aktivität deutscher Investoren im Ausland ist, greift die vorliegende Untersuchung auf Daten der amtlichen Statistik der Bundesbank zu Investitionsbeständen und Auslandsbeschäftigung in sektoraler und regionaler Grobgliederung zurück. Der Fokus richtet sich auf jene Branchen, innerhalb derer eine vom (Lohn-)Kostenmotiv geleitete Verlagerung einzelner Produktionsstufen ins Ausland vermutet werden kann. Hier stellt sich die Frage, ob diese Branchen ihre Investitionen tatsächlich in überdurchschnittlichem Maße in den niedriger entlohnenden Kandidatenländern angesiedelt haben und ob sich der dortige Beschäftigungszuwachs tatsächlich auf eben diese Branchen konzentriert. Ein Indiz für Rückwirkungen dieser Entwicklung auf den heimischen Arbeitsmarkt ergibt sich dann, wenn in diesen Branchen im gleichen Zeitraum Veränderungen im Bereich der heimischen Entlohnung und Beschäftigung eingetreten sind. Man würde dann erwarten, dass in den betroffenen Branchen im Zeitverlauf die Beschäftigung und Vergütung höher qualifizierter Arbeitskräfte im Verhältnis zu derjenigen niedriger qualifizierter Arbeitskräfte zugenommen hat.

Die so gewonnenen Ergebnisse lassen allerdings nur eine tendenzielle Beurteilung der Lösung des Problems zu. Zum einen werden nämlich qualitative Aussagen aufgrund der Komplexität der Wirkungsbeziehungen erschwert. Da keine Zuordnung von Zahlen zur Beschäftigung in Deutschland und zur Beschäftigung im Ausland disaggregiert auf Unternehmensebene möglich ist, können zum anderen die anhand der noch immer hoch aggregierten Daten ermittelten quantitativen Ergebnisse nur einen Hinweis dafür liefern, dass deutsche Investoren zwischen deutschen und ausländischen, und hier besonders ost- und mitteleuropäischen Standorten substituiert haben.

Aktuelle Studien auf der Basis von Erhebungen auf Unternehmensebene bestätigen allerdings diese Entwicklung. So untersuchen Konings und Lehmann (2001) die Beschäftigungsentwicklung in 585 grenznah angesiedelten bayrischen klein- und mittelständischen Unternehmen und stellen fest, dass besonders in den frühen neunziger Jahren der Nettoverlust an Arbeitsplätzen in jenen Unternehmen höher ausfiel, die Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa vorgenommen hatten und dass hiervon die geringer qualifizierten Arbeitskräfte stärker betroffen waren.¹¹ Auch Marin et al. (2002) kommen bei der Analyse des Investitionsverhaltens von 420 deutschen Unternehmen mit insgesamt 1 050 Projekten in Osteuropa zu der Einschätzung, dass etwa die Hälfte der dortigen Investitionen dem Kostenmotiv folgt und somit potenziell negative Effekte auf den heimischen Arbeitsmarkt zur Folge haben kann.¹²

Regionale Verteilung deutscher Auslandsaktivitäten

Hinsichtlich der regionalen Gliederung der deutschen Exporte, der Direktinvestitionen und der mit ihnen verbundenen Beschäftigung im Ausland nehmen Industrieländer und besonders der EU-Raum noch immer die größte Bedeutung ein. Gemessen an

ihren Export- und Investitionsanteilen von etwa 6% bzw. 7% vereinen die Reformländer aber mit etwa 23% einen überproportional hohen Anteil an der Beschäftigung auf sich (vgl. Tabelle 2).

Dies deutet darauf hin, dass die dortigen Direktinvestitionen besonders in arbeitsintensiven Bereichen angesiedelt wurden. Unter den Reformländern konzentrieren sich die Aktivitäten deutlich in den MOEL3. Sowohl deshalb als auch aufgrund der Datenlage werden bei der späteren sektoralen Betrachtung auch nur diese Länder herangezogen.

Tabelle 2:
Regionale Verteilung der deutschen Exporte und Direktinvestitionsflüsse (DI) zwischen 1992 und 2000 und der Auslandsbeschäftigung im Jahr 2000 - in % -

| Region | Exporte | DI | Auslandsbeschäftigung |
|-----------------|---------|------|-----------------------|
| Welt | 100 | 100 | 100 |
| darunter: | | | |
| Industrieländer | 76,7 | 76,8 | 62,8 |
| darunter: EU | 57,2 | 41,4 | 57,3 |
| Reformländer | 7,0 | 6,0 | 23,4 |
| darunter: MOEL3 | 5,2 | 5,0 | 18,8 |

Quellen: Deutsche Bundesbank: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, mehrere Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

Regionale und sektorale Gliederung der Direktinvestitionen und der ausländischen Beschäftigung

Direktinvestitionen

Bei simultaner sektoraler und regionaler Betrachtung lassen sich unter den gesamten Direktinvestitionen die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe (darunter Chemische Industrie, Maschinenbau, Elektrotechnik und Kraftfahrzeugbau), Handel/Instandhaltung/Reparatur, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe getrennt darstellen.¹³ Trotz dieser groben Gliederung werden hiermit die wesentlichen Sektoren erfasst, da diese zusammen in allen Regionen

¹¹ Vgl. KONINGS, J.; LEHMANN, H.: The FDI of German and Italian Firms in Central and Eastern Europe: Its Impact on Job Creation and Job Destruction in the Home Country, in: Besonderheiten des Investitionsverhaltens großer und kleiner Unternehmen am Beispiel der Direktinvestitionen in Osteuropa. ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Abschlussbericht 2001.

¹² Vgl. MARIN, D. et al.: Ownership, Capital or Outsourcing: What drives German Investment to Eastern Europe? University of Munich 2002.

¹³ Die Analyse basiert auf den Werten der unmittelbaren und über abhängige Holdinggesellschaften im Ausland bestehenden mittelbaren Direktinvestitionen, gegliedert nach den Wirtschaftszweigen der ausländischen Investitionsobjekte. Die in der amtlichen Statistik unter Beteiligungsgesellschaften ausgewiesenen Werte werden nicht in die Betrachtung einbezogen, da hier aufgrund der Bestimmungen des Meldeverfahrens keine Zuordnung zu einzelnen Branchen vorgenommen werden kann. Vgl. Erläuterungen der Deutschen Bundesbank zur Meldung „Vermögen Gebietsansässiger in fremden Wirtschaftsgebieten“, Anlage K 3.

Tabelle 3:

Prozentuale Verteilung der deutschen Direktinvestitionsflüsse von 1992 bis 2000 nach Branchen und Regionen

| | | Alle Branchen | Verarb. Gewerbe insgesamt | darunter | | | | Handel/Reparat./Instandhaltung | Kred.-institute | Vers.-gewerbe | Insgesamt |
|--------------------|---|---------------|---------------------------|---------------------|--------------|----------------|--------------------|--------------------------------|-----------------|---------------|-----------|
| | | | | Chemische Industrie | Maschinenbau | Elektrotechnik | Straßenfahrzeugbau | | | | |
| Welt | A | 100 | 31,5 | | | | | 10,4 | 43,5 | 5,2 | 90,5 |
| | B | | 100 | 24,1 | 8,9 | 10,9 | 26,9 | | | | 70,8 |
| davon: | | | | | | | | | | | |
| Industrielländer | A | 100 | 27,3 | | | | | 10,1 | 49,2 | 5,6 | 92,2 |
| | B | | 100 | 23,7 | 10,2 | 13,1 | 26,0 | | | | 73,1 |
| dar.: EU | A | 100 | 23,6 | | | | | 15,4 | 47,3 | 5,7 | 92,0 |
| | B | | 100 | 15,2 | 10,1 | 22,4 | 14,5 | | | | 62,2 |
| Entwicklungsländer | A | 100 | 48,8 | | | | | 1,5 | 29,1 | 4,7 | 84,1 |
| | B | | 100 | 35,8 | 5,2 | 2,5 | 25,0 | | | | 68,5 |
| Übrige | A | 100 | 54,9 | | | | | 18,5 | 7,1 | 2,1 | 82,6 |
| | B | | 100 | 19,9 | 5,5 | 6,7 | 31,2 | | | | 63,2 |
| dar.: MOEL3 | A | 100 | 51,2 | | | | | 16,2 | 12,5 | 2,0 | 81,9 |
| | B | | 100 | 16,5 | 3,2 | 7,0 | 35,1 | | | | 61,7 |

A = % aller Branchen – B = % des Verarbeitenden Gewerbes.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, mehrere Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

einen hohen Anteil aller Direktinvestitionen ausmachen und auch die vier genannten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes innerhalb desselben den größten Teil der Gesamtaktivitäten auf sich vereinen. Der Tabelle 3 ist die Summe der von 1992 bis 2000 geflossenen Direktinvestitionen zu entnehmen, gegliedert nach den genannten Branchen und Regionen.

Die genannten Branchen decken zusammen in den aufgeführten Regionen zwischen 82% und 92% aller Direktinvestitionsflüsse des Zeitraums ab. Davon entfallen zwischen knapp 24% und 55% allein auf das Verarbeitende Gewerbe. Innerhalb desselben vereinen die vier genannten Branchen allein Anteile von 62% bis 73% der hier erbrachten Direktinvestitionen auf sich. Dabei sind es insbesondere die Chemische Industrie und der Fahrzeugbau, denen außerhalb der Industrieländer eine

herausragende Position zukommt. In diesen beiden Branchen liegt das Verhältnis von Auslands- zu Inlandsinvestitionen im genannten Zeitraum auch über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt, während es im Maschinenbau und der Elektrotechnik unterdurchschnittlich ausfällt (vgl. Tabelle 4).

In den MOEL3 liegt der Anteil der vier Branchen des Verarbeitenden Gewerbes bei knapp 62%. Damit entfällt etwas mehr als ein Drittel der gesamten Investitionen in diesem Bereich auf Branchen, die hier aufgrund der Datenlage nicht detaillierter untersucht werden können. Es ist aber zu vermuten, dass Teile dieser nicht näher aufgegliederten Investitionen in Branchen vorgenommen wurden, bei denen ebenfalls Kostenvorteile zum Investitionsanreiz geworden sind (Textil- und Bekleidungsgewerbe, Holzverarbeitung etc.).

Tabelle 4:

Anteil der Auslandsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe von 1992 bis 2000

| | Verarbeitendes Gewerbe | darunter: | | | |
|--|------------------------|---------------------|--------------|----------------|--------------------|
| | | Chemische Industrie | Maschinenbau | Elektrotechnik | Straßenfahrzeugbau |
| Auslandsinvestitionen in Mio. DM | 218 616 | 44 578 | 13 195 | 22 676 | 83 398 |
| Gesamtinvestitionen (In- und Ausland) in Mio. DM | 1 069 244 | 156 243 | 88 300 | 116 576 | 219 632 |
| Anteil der Auslandsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen in % | 20,4 | 28,5 | 14,9 | 19,5 | 38,0 |

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, mehrere Jahrgänge; Deutsche Bundesbank: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, mehrere Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

Beschäftigung

Wie aus den Tabellen 3 und 5 ersichtlich wird, sind in den genannten Branchen Beschäftigungswirkungen eingetreten, die sich ihrer Höhe nach nicht proportional zum Umfang der dort jeweils getätigten Direktinvestitionen verhalten. Aufgrund der Datenlage kann hier jedoch nicht nach einzelnen Ländern unterschieden werden. Deshalb ist die Region der MOEL3 nicht gesondert ausgewiesen. Sie ist gemeinsam mit allen anderen Reformländern Teil der Gruppe der Übrigen.

Es zeigt sich, dass der überwiegende Anteil des Zuwachses der Auslandsbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Handel/Instandhaltung/Reparatur angesiedelt ist. Letzterer gehört zusammen mit dem Kredit- und Versicherungswesen dem Dienstleistungssektor an. Da es sich somit um Bereiche handelt, deren Produkte am Ort ihrer Nachfrage produziert werden müssen, kann die hier entstandene Beschäftigung schwerlich zuungunsten der heimischen Beschäftigung entstanden sein. Damit kann bei etwa 60% der gesamten deutschen Auslandsinvestitionen nicht von negativen Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt ausgegangen werden (vgl. Tabelle 3).

Für die Frage nach der Verlagerung heimischer Arbeitsplätze ins Ausland ist also vorwiegend das Verarbeitende Gewerbe interessant, innerhalb dessen sich vom rein technologischen Standpunkt eine Ausgliederung von Bestandteilen der Wertschöpfungskette denken lässt. Tatsächlich ist gerade in den Regionen mit einem niedrigen Lohnniveau auch im Verarbeitenden Gewerbe ein überproportionaler Anteil des Beschäftigungszuwachses wiederzufinden. Nimmt man an, dass die hierauf ent-

fallenden 64% in der Gruppe der Übrigen (alle mittelosteuropäischen und asiatischen Reformländer) auch für die darin enthaltenen MOEL3 gelten, so ergibt sich, dass hier also absolut gesehen zwischen 1992 und 2000 insgesamt ungefähr 268 000 Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe im Zuge von deutschen Auslandsinvestitionen entstanden sind. Gemessen am gesamten Beschäftigungszuwachs in diesem Zeitraum sind dies immerhin 14,5%.

Rückwirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt

Um abschätzen zu können, ob von dieser Entwicklung tatsächlich Rückwirkungen auf die heimische Beschäftigung ausgegangen sind, wird im folgenden vor allem das heimische Verarbeitende Gewerbe (in der angegebenen Aufgliederung) auf im Bereich der Entlohnung und Beschäftigung eingetretene Veränderungen in diesem Zeitraum untersucht. Hinweise auf derartige Rückwirkungen ergeben sich, wenn sich im Zeitverlauf

- das zahlenmäßige Verhältnis von Arbeitern zu Angestellten verringert hat und/oder
- das zahlenmäßige Verhältnis von hoch qualifizierten zu niedrig qualifizierten Arbeitern bzw. Angestellten erhöht hat und/oder
- das Verhältnis der Lohnhöhe von hoch qualifizierten zu niedrig qualifizierten Arbeitern bzw. Angestellten erhöht hat.

Ob diese Entwicklung eingetreten ist, wird anhand der im nachfolgenden Kasten dargestellten Indizes ermittelt.

Steigt der Index im Zeitverlauf an, so impliziert dies eine relative Verschiebung der Beschäftigung hin zu höher qualifizierten Arbeitskräften bzw. eine höhere Entlohnung derselben im Vergleich zu den

Tabelle 5:

Verteilung des in deutschen Auslandsgesellschaften verzeichneten Beschäftigungszuwachses zwischen 1992 und 2000 nach Branchen und Regionen

- in % -

| | Alle Branchen | darunter: | | | |
|--------------------|---------------|----------------------------------|---------------------------------|-----------------|----------------------|
| | | Verarbeitendes Gewerbe insgesamt | Handel/Instandhaltung/Reparatur | Kreditinstitute | Versicherungsgewerbe |
| Welt | 100 | 49 | 16 | 6 | 1 |
| davon: | | | | | |
| Industrieländer | 100 | 18 | 22 | 12 | 1 |
| darunter: EU | 100 | 31 | 31 | 8 | 2 |
| Entwicklungsländer | 100 | 51 | 14 | 6 | 2 |
| Übrige | 100 | 64 | 13 | 3 | 1 |

Quellen: Deutsche Bundesbank: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, mehrere Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

Kasten:

Indizes zur Entwicklung der Beschäftigung und Entlohnung

$$\text{Index}_B = \frac{\text{Anzahl der Angestellten}_{2000} / \text{Anzahl der Arbeiter}_{2000}}{\text{Anzahl der Angestellten}_{1992} / \text{Anzahl der Arbeiter}_{1992}}$$

$$\text{Index}_L = \frac{\text{Durchschnittsgehalt der Angestellten}_{2000} / \text{Durchschnittslohn der Arbeiter}_{2000}}{\text{Durchschnittsgehalt der Angestellten}_{1992} / \text{Durchschnittslohn der Arbeiter}_{1992}}$$

$$\text{Index}_{BQ} = \frac{\text{Anzahl der Arbeiter (1)}_{2000} / \text{Anzahl der Arbeiter (2+3)}_{2000}}{\text{Anzahl der Arbeiter (1)}_{1992} / \text{Anzahl der Arbeiter (2+3)}_{1992}}$$

$$\text{Index}_{LQ} = \frac{\text{Durchschnittslohn der Arbeiter (1)}_{2000} / \text{Durchschnittslohn der Arbeiter (2+3)}_{2000}}{\text{Durchschnittslohn der Arbeiter (1)}_{1992} / \text{Durchschnittslohn der Arbeiter (2+3)}_{1992}}$$

(1) und (2+3) bezeichnen die nach Qualifikationsniveau unterschiedenen Leistungsgruppen unter den Arbeitern, wobei die Gruppe 1 besonders hoch qualifizierte Tätigkeiten impliziert.

niedriger qualifizierten Gruppen. Mit einem Anstieg des Index' geht also für niedriger qualifizierte ein relativer Rückgang in der Beschäftigung und Entlohnung einher. Die Ergebnisse der Berechnungen gehen aus Tabelle 6 hervor.

In allen untersuchten Branchen hat sich das Verhältnis von Angestellten zu Arbeitern erhöht. Wenn bei Angestellten in der Regel eine höhere Qualifikation unterstellt werden darf als bei Arbeitern, kann dies ein Indiz dafür sein, dass in der heimischen Wirtschaft eine Schwerpunktverlagerung in Richtung hoch qualifizierten Humankapitals stattgefunden hat. Beim Vergleich der unterschiedlichen Leistungsstufen der Arbeiter lässt sich dies auch in der Chemischen Industrie und im Kraftfahrzeugbau feststellen.

Tabelle 6:
Werte der untersuchten Indizes zur Entwicklung der Beschäftigung und Entlohnung

| | Verarb. Gewerbe insges. | Darunter: | | | |
|---------------------|-------------------------|-----------------|------------|----------------|-------------------|
| | | Chem. Industrie | Masch.-bau | Elektrotechnik | Straßenfahrz.-bau |
| Index _B | 1,13 | 1,09 | 1,06 | 1,26 | 1,12 |
| Index _L | 1,01 | 1,14 | 1,13 | 1,16 | 1,07 |
| Index _{BQ} | 1,06 | 1,17 | 0,79 | 0,87 | 1,97 |
| Index _{LQ} | 1,06 | 1,09 | 1,00 | 1,03 | 1,14 |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch, Kapitel 9 und 22, mehrere Jahrgänge und Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe, Fachserie 16, Löhne und Gehälter, mehrere Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

Wie der Anstieg des Entlohnungsverhältnisses zwischen Angestellten und Arbeitern bzw. zwischen hoch- und niedriger qualifizierten Arbeitern signalisiert, haben niedriger qualifizierte Arbeits-

kräfte als Folge dieser Entwicklung auch relative Lohneinbußen hinnehmen müssen. Auch hier sind wiederum die Chemische Industrie und der Kraftfahrzeugbau besonders betroffen.

Sowohl der Maschinenbau als auch die Elektrotechnik weisen hinsichtlich der Höhe der Indizes bezogen auf die Gruppe der Arbeiter kaum Veränderungen auf, die in die Richtung eines stärker kostenmotivierten Investitionsengagements zeigen. Die hier vorherrschenden Technologien und die starke Verbreitung der Auftragsfertigung von sehr spezialisierten, kundenorientierten Produkten eignen sich denn auch kaum für eine Verlagerung einzelner Produktionsstufen. Die geringe Wirkung von Lohnkostenanreizen kann damit auch erklären, warum der Anteil der hier getätigten Investitionen im Vergleich zur Chemischen Industrie und zum Kraftfahrzeugbau relativ gering ist.

Fazit

Die deutschen Direktinvestitionen sind sowohl vom Motiv des Marktzugangs als auch von Kosteneinsparungsbemühungen geleitet. Bei den Direktinvestitionen im Dienstleistungsbereich steht der Marktzugang im Vordergrund; sie bringen keine negativen Beschäftigungswirkungen auf dem heimischen Arbeitsmarkt hervor. Etwa 60% der deutschen Direktinvestitionen im Ausland insgesamt gehören dieser Kategorie an. Daneben kann bei den anderen etwa 40% davon ausgegangen werden, dass sie zumindest partiell dem Kostenmotiv folgen und somit zum Outsourcing jener Teile der Wertschöpfungskette führen, in denen u. a. arbeitsintensive Produktionsstufen durch geringer qualifiziertes bzw. entlohntes Personal erbracht werden.

In den MOEL3 liegt der Anteil derart motivierter Direktinvestitionen bei etwa der Hälfte aller dort empfangenen deutschen Direktinvestitionen. Die sich abzeichnende Verschiebung in der Höhe der Beschäftigung und Entlohnung heimischer Arbeitskräfte zugunsten höherer Qualifizierungen kann ein Indiz dafür sein, dass diese kostenmotivierten Direktinvestitionen nicht gänzlich ohne Rückwirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt bleiben. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes Deutschlands sind von dieser Entwicklung besonders die Chemische Industrie und der Kraftfahrzeugbau betroffen. Beide erweisen sich aber auch als Bereiche, die innerhalb Deutschlands als wettbewerbsfähig gelten. Hier liegt nahe, dass ihr besonderes Investitionsengagement ebenfalls Ausdruck dieser Wettbewerbsstärke ist. Zwar bringt

diese Entwicklung unter Verteilungsgesichtspunkten durchaus Problempotenzial mit sich: Für gering qualifizierte Arbeitskräfte verschlechtern sich in Deutschland im Zuge der Arbeitsteilung zwischen West- und Mitteleuropa die Beschäftigungs- und Entlohnungsperspektiven. Die Ausnutzung der Möglichkeiten zur Wahrnehmung von Kostenvorteilen und die hiermit erreichte effizientere Gestaltung der Produktion im Rahmen der internationalen intra-industriellen Arbeitsteilung kann aber gerade zur Steigerung der Gesamteffizienz in diesen Industrien und damit zu einer Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Branchen beitragen und darf daher auch als Chance und keineswegs nur negativ bewertet werden.

Constanze.Dey@iwh-halle.de

Innovationskooperationen in Ost- und Westdeutschland: überraschende Unterschiede

Der vorliegende Beitrag untersucht das Kooperationsverhalten ostdeutscher Unternehmen auf dem Gebiet der Innovation und geht dabei der Frage nach, ob und inwieweit sich kooperierende Unternehmen im Vergleich zu nicht-kooperierenden Unternehmen durch eine stärkere Innovationsaktivität und höhere Produktivität auszeichnen.

Die auf der Basis einer Auswertung des Mannheimer Innovationspanels gewonnenen Ergebnisse zeigen, dass – entgegen einem verbreiteten Vorurteil – ostdeutsche Unternehmen im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen häufiger kooperieren, und dass die Unterschiede bezüglich der Wahl der Kooperationspartner primär die unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten Ost- und Westdeutschlands widerspiegeln. Kooperierende Unternehmen sind in Ost- und Westdeutschland deutlich innovativer als nicht-kooperierende Unternehmen. Ein Produktivitätsvorsprung kooperierender Unternehmen gegenüber nicht-kooperierenden Unternehmen zeigt sich jedoch nur in Westdeutschland. Ostdeutsche kooperierende Unternehmen verzeichnen sogar eine leicht niedrigere Produktivität als ostdeutsche nicht-kooperierende Unternehmen.

Die Kooperation zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und nicht-kommerziellen

Partnern spielt in der Praxis eine wichtige Rolle. Das Phänomen „Kooperation“ an sich ist nicht neu. Dennoch wird Kooperation in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, wirtschaftspolitischen Diskussion und Unternehmenspraxis erst in jüngerer Zeit verstärkt thematisiert. Vor allem in Ostdeutschland erhofft man sich von der Innovationskooperation nach westdeutschem Vorbild eine Verbesserung des Wachstums und der Produktivität. Daher spielt in der aktuellen innovationspolitischen Praxis des Bundes die Förderung von Innovationskooperationen bzw. innovativen Netzwerken gerade in Ostdeutschland eine zentrale Rolle.¹⁴

Innovationskooperationen sind in diesem Beitrag definiert als die aktive Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlich voneinander unabhängigen Unternehmen bzw. zwischen Unternehmen und nicht-kommerziellen Organisationen mit dem Ziel, neue oder wesentlich verbesserte Produkte, Dienstleistungen oder Produktionsverfahren hervorzu- bringen. Die Kooperation auf dem Gebiet der In-

¹⁴ Eine Gegenüberstellung der für Innovationskooperationen relevanten Förderprogramme des Bundes, aus der auch die ostdeutsche Förderpriorität hervorgeht, findet sich in GÜNTHER, J.: Innovation cooperation in East Germany – only a half-way success? IWH-Diskussionspapiere Nr. 170, Halle, Februar 2003.

novation kann – muss aber nicht – im Rahmen von innovativen Netzwerken erfolgen.¹⁵

Der vorliegende Beitrag stellt eine „erste Annäherung“ an die empirisch schwer zugängliche Thematik Innovationskooperation dar. Er deckt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen kooperierenden Unternehmen auf und soll zur Diskussion über deren Ursachen und Implikationen anregen.

Innovationskooperation als Unternehmensstrategie

Ein wichtiges Motiv für Innovationskooperationen besteht darin, die unmittelbaren Kosten für die Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte zu senken. Dies geschieht durch die arbeitsteilige Organisation der verschiedenen für den Innovationsprozess zu vollziehenden Schritte, die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Ausrüstungsgütern, den Austausch qualifizierten Personals usw. Zusätzlich können durch die Kooperation auch die Transaktionskosten gesenkt werden. Insbesondere im Rahmen etablierter und bewährter Kooperationsbeziehungen reduzieren sich die Kosten für die Suche nach adäquaten Partnern sowie die Kosten für den Abschluss und die Überwachung von Verträgen etc. In der Praxis ist es schließlich die Kombination von niedrigeren Entwicklungs- und Transaktionskosten, die eine Innovationskooperation attraktiv machen.¹⁶

Darüber hinaus spielt im Falle der Innovationskooperation auch das Motiv der Ausnutzung von Synergieeffekten im Sinne von gegenseitigen Knowledge-Spillovers eine zentrale Rolle. Gerade im Rahmen von gemeinsamen Innovationsprojekten kommt es darauf an, Informationen auszutauschen, Wissen zu bündeln, gemeinsam neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

Generell gewinnen Innovationskooperationen vor allem dann an Bedeutung, wenn es sich um technologisch komplexe Innovationsvorhaben handelt, deren Bearbeitung durch ein einziges Unternehmen kaum realisierbar wäre. Das betrifft vor allem Innovationsprojekte, die Grundlagenforschung und angewandte Entwicklung einschließen, bei-

spielsweise auf dem Gebiet der modernen Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie etc.

Untersuchungsdesign

In diesem Beitrag wird zur Untersuchung von Innovationskooperationen auf die Ergebnisse einer regelmäßigen Unternehmensbefragung – das Mannheimer Innovationspanel (MIP) – zurückgegriffen. Das MIP erfasst Innovationskooperationen als Teilaspekt im Rahmen einer umfassenden Innovationserhebung. Neben den verschiedenen Angaben zur unmittelbaren Innovationstätigkeit werden die Unternehmen nach dem Vorhandensein von Innovationskooperationen und nach der Art und Herkunft der Kooperationspartner befragt.

Das MIP ist eine Repräsentativbefragung der deutschen Wirtschaft, die durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) durchgeführt wird (siehe Kasten 1). Die hier präsentierten Ergebnisse beziehen sich auf das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe)¹⁷. Kooperation ist laut Fragebogen definiert als „die aktive Teilnahme an gemeinsamen Innovationsprojekten mit anderen Unternehmen sowie mit nicht-kommerziellen Einrichtungen“. Reine Auftragsvergabe zählt nicht als Kooperation im Sinne des MIP.¹⁸

Der vorliegende Beitrag erhebt dabei nicht den Anspruch einer abschließenden Behandlung des Themas Innovationskooperation. Er soll vielmehr einen Überblick über wesentliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten ost- und westdeutscher kooperierender Unternehmen vermitteln. Im Folgenden wird zunächst das Kooperationsverhalten ostdeutscher Unternehmen hinsichtlich der Kooperationshäufigkeit und Wahl der Kooperationspartner beschrieben. Anschließend wird die Innovationstätigkeit und die Produktivität der kooperierenden Unternehmen im Vergleich zu den nicht-kooperierenden Unternehmen dargestellt. Die vorgelegten empirischen Daten schließen einen Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen ein, da Westdeutschland im Hinblick auf unternehmerische Kooperationsaktivitäten i. d. R. als erfolgrei-

¹⁵ Zur Unterscheidung zwischen den Begriffen bzw. Konzepten „Kooperation“ und „Netzwerk“ siehe GÜNTHER, J., a. a. O., S. 6 f.

¹⁶ Vgl. z. B. RAGNITZ, J. u. a.: Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen. Das Beispiel der neuen Länder. IWH-Sonderheft 3/2001. Halle, S. 216 ff.

¹⁷ NACE Klassen 10-14, 15-37 und 40-41.

¹⁸ Für weitere Informationen zum MIP siehe JANZ, N.; EBLING, G.; GOTTSCHALK, S.; NIGGEMANN, H.: The Mannheim Innovation Panels (MIP and MIP-S) of the Center for European Economic Research (ZEW), in: Schmollers Jahrbuch, 121, 2001, S. 123-129.

ches Beispiel dient. Alle im Folgenden präsentierten Ergebnisse sind hochgerechnete Zahlen.

Kasten 1:

Mannheimer Innovationspanel (MIP)

Informationen zum Thema „Innovationskooperation“ werden durch das MIP alle 4 Jahre im Zuge der europaweiten Innovationserhebung (Community Innovation Survey, CIS) erfasst. Nach dem Pilotprojekt von 1993 (CIS-1) folgten zwei weitere Erhebungswellen mit überarbeiteten Fragebögen, und zwar 1997 (CIS-2) und 2001 (CIS-3). Ein Vergleich der Daten ist aufgrund der Fragebogenmodifikationen allenfalls zwischen MIP 1997 (CIS-2) und MIP 2001 (CIS-3) möglich. Antworten der Unternehmen beziehen sich auf die jeweils zurückliegenden drei Jahre. Methodische Grundlage der Innovationserhebung ist das Oslo-Manual – ein von der EU und der OECD gemeinsam erarbeiteter Leitfaden für die harmonisierte Erhebung und Auswertung von Innovationsdaten.

Kooperationshäufigkeit und Kooperationspartner

Die Untersuchung zur Häufigkeit von Innovationskooperationen in Ost- und Westdeutschland zeigt, dass ostdeutsche Unternehmen im Zeitraum 1998-2000 entgegen aller Erwartungen wesentlich häufiger kooperierten als westdeutsche Unternehmen (vgl. Tabelle 1).¹⁹

Tabelle 1:

Kooperationshäufigkeit in Ost- und Westdeutschland - Anteil Unternehmen mit Innovationskooperation in % -

| | 1994-1996 (n=1946) | 1998-2000 (n=1732) |
|-----------------|-----------------------|-----------------------|
| Ostdeutschland | 16,6 | 15,9 |
| Westdeutschland | 17,7 | 9,2 |

Quelle: Mannheimer Innovationspanel 1997 und 2001; Berechnungen des IWH.

Auffallend ist, dass in Westdeutschland die Anzahl kooperierender Unternehmen erheblich zurückgegangen ist, das heißt von 17,7% in den Jahren 1994-1996 auf 9,2% in den Jahren 1998-2000. Da sich vom einen zum anderen Beobachtungszeit-

¹⁹ Zu dem Ergebnis, dass ostdeutsche Unternehmen häufiger kooperieren als westdeutsche Unternehmen, gelangen auch andere empirische Studien, die sich mit verschiedenen Kooperationsfeldern beschäftigen. Vgl. z. B. BRUSSIG, M.; DREHER, C.: Wie erfolgreich sind Kooperationen? Neue Ergebnisse zur Kooperationspraxis in Ostdeutschland, in: WSI-Mitteilungen Nr. 9, 2001, S. 566-572. – RAGNITZ, J. u. a., a. O., S. 55.

raum in Westdeutschland keine einschneidenden Veränderungen im Bereich Innovations- und Technologiepolitik ereignet haben, sind die Ursachen für den Rückgang andernorts zu suchen. Möglich ist, dass Innovationskooperationen – ebenso wie die Innovationstätigkeit der deutschen Industrie²⁰ – generell rückläufig sind und in Ostdeutschland nur deshalb bei 16% verharren, weil hier seit 1999 zusätzliche Programme zur Förderung von innovativen Netzwerken eingeführt wurden. Da die Untersuchung der Kooperationshäufigkeit jedoch nicht das zentrale Anliegen des hier vorliegenden Beitrags ist, soll eine eingehendere Ursachenanalyse an dieser Stelle nicht erfolgen, sondern weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.²¹

Im Hinblick auf die Wahl der Kooperationspartner ist festzustellen, dass Hochschulen der mit Abstand wichtigste Kooperationspartner für Unternehmen in Ost- und Westdeutschland waren (vgl. Abbildung 1). Die auch im internationalen Vergleich starke Präsenz der Hochschulen als Kooperationspartner ist in engem Zusammenhang zu der Tatsache zu sehen, dass die deutsche Technologiepolitik seit Anfang der 90er Jahre zunehmend auf die Förderung unter Beteiligung wissenschaftlicher Partner setzt.²² Den zweitwichtigsten Kooperationspartner ostdeutscher Unternehmen stellen kommerzielle Forschungseinrichtungen („FuE-GmbHs“) dar. 36,4% aller ostdeutschen kooperierenden Unternehmen, aber nur 20,8% der westdeutschen kooperierenden Unternehmen, gingen eine Innovationskooperation mit „FuE-GmbHs“ ein. Dies ist vor allem damit zu begründen, dass im Zuge der Transformation in Ostdeutschland viele „FuE-GmbHs“ gegründet wurden. Zahlreiche Wissenschaftler, die in staatseigenen Großunternehmen tätig waren, gründeten Dienstleistungsunternehmen im Bereich FuE. Diese sind in Westdeutschland viel weniger verbreitet, sodass sich

²⁰ Die Anzahl der innovativen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sank in Deutschland von 67% im Jahr 1999 auf 62% im Jahr 2000 (Ostdeutschland: von 67% auf 61%). Vgl. JANZ, N. et al: Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2001. Mannheim 2002.

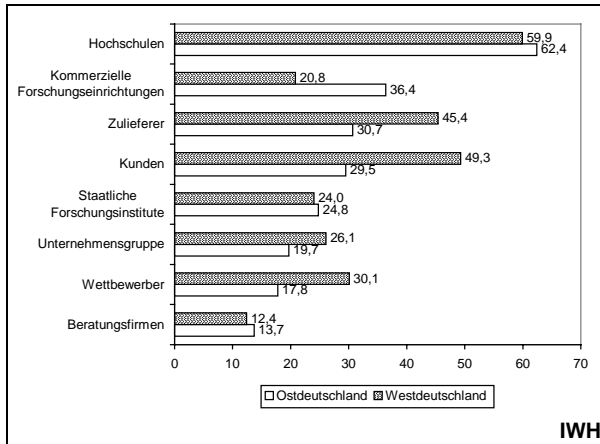
²¹ Das ZEW bestätigt den unerwartet hohen Rückgang der Kooperationshäufigkeit, hat jedoch keine inhaltliche oder erhebungstechnisch begründbare Erklärung dafür.

²² Vgl. FIER, A.; HARHOFF, D.: Die Evaluation der bundesdeutschen Forschungs- und Technologiepolitik: Rückblick und Bestandsaufnahme, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Nr. 3, Bd. 3, 2002, S. 279-301.

Abbildung 1:

Innovationskooperationen nach Art der Kooperationspartner 1998-2000

- Anteil der kooperierenden Unternehmen, die mit dem jeweiligen Partner eine Kooperation eingingen, in % aller kooperierenden Unternehmen^a -



^a Mehrfachnennungen waren möglich.

Quellen: Mannheimer Innovationspanel 2001; Berechnungen des IWH.

Kooperationen hier seltener ergeben. Zulieferer und Kunden hatten in Ostdeutschland mit 30,7% beziehungsweise 29,5% eine deutlich geringere Bedeutung als in Westdeutschland (45,4% bzw. 49,3%). Die geringere Bedeutung von Zulieferern und Kunden als Kooperationspartner in Ostdeutschland korrespondiert mit der Tatsache, dass sich in Ostdeutschland bisher kaum industrielle Cluster gebildet haben,²³ die sich als „Forum“ für Innovationskooperationen mit Zulieferern bzw. Kunden anbieten würden. Staatliche Forschungseinrichtungen waren für kooperierende Unternehmen in Ost- und Westdeutschland von nahezu gleich hoher Bedeutung während sich bei Kooperationen innerhalb der Unternehmensgruppe wiederum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ergaben (19,7% versus 26,1%). Letzteres kann damit in Verbindung gebracht werden, dass Ostdeutschland von kleinen und mittleren Unternehmen dominiert wird, die naturgemäß seltener Teil einer Unternehmensgruppe sind. Innovationskooperationen mit Wettbewerbern waren in Westdeutschland mit 30,1% häufiger als in Ostdeutschland (17,8%), während Beratungsfirmen in Ost- und Westdeutschland als Kooperationspartner an letzter Stelle standen (13,7% und 12,4%).

²³ Vgl. RAGNITZ, J.; WÖLFL, A.: Netzwerkaktivitäten und die Produktivitätslücke Ostdeutschlands, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/2001, S. 315-319.

Kooperation und Innovation

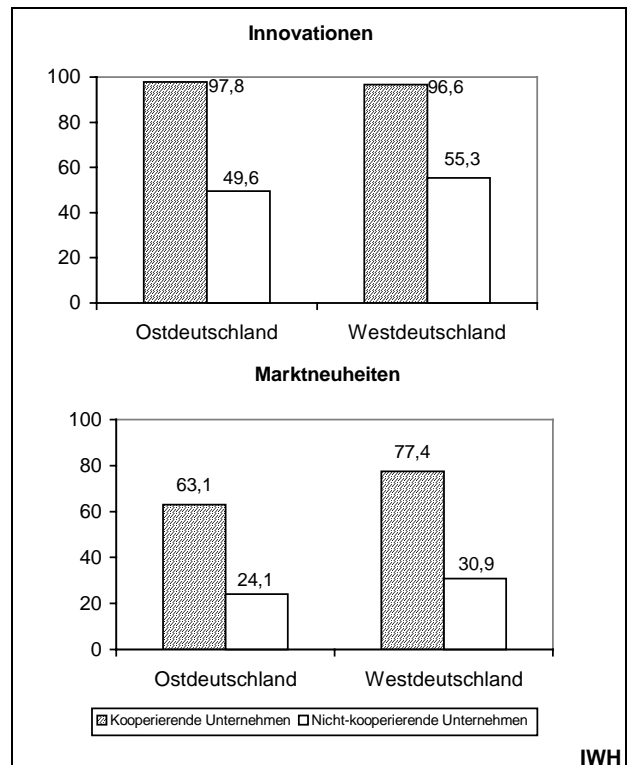
In Ost- und Westdeutschland waren 1998-2000 nahezu alle kooperierenden Unternehmen auch innovative Unternehmen (vgl. Abbildung 2). Das heißt 97,8% der kooperierenden Unternehmen in Ostdeutschland und 96,6% der kooperierenden Unternehmen in Westdeutschland waren gleichzeitig Unternehmen, die in diesem Zeitraum eine Produkt- oder Prozessinnovation durchführten (Definitionen siehe Kasten 2). Unter den nicht-kooperierenden Unternehmen waren in Ostdeutschland lediglich 49,6% und in Westdeutschland 55,3% innovativ.

Im Hinblick auf Marktneuheiten zeigt sich, dass in Ostdeutschland 63,1% der kooperierenden, aber nur 24,1% der nicht-kooperierenden Unternehmen eine solche einführten. In Westdeutschland ist ein vergleichbarer Trend zu beobachten, allerdings auf leicht höherem Niveau. Hier führten 77,4% der kooperierenden und 30,9% der nicht-kooperierenden Unternehmen eine Marktneuheit ein.

Abbildung 2:

Kooperierende und nicht-kooperierende Unternehmen mit Innovationen^a bzw. Marktneuheiten 1998-2000

- Anteil Unternehmen in % -



^a Innovationen im Sinne von Produkt- oder Prozessinnovationen.

Quellen: Mannheimer Innovationspanel 2001; Berechnungen des IWH.

Kasten 2:

Definition von „Innovation“ und „Marktneuheiten“ laut Oslo-Manual^a

Innovationen sind neue bzw. merklich verbesserte Produkte oder Dienstleistungen, die ein Unternehmen auf den Markt gebracht hat (Produktinnovationen) oder neue bzw. merklich verbesserte Verfahren, die ein Unternehmen im eigenen Betrieb umgesetzt hat (Prozessinnovationen). Es kommt nicht darauf an, ob ein anderes Unternehmen das Produkt oder Verfahren bereits eingeführt hat. Wesentlich ist nur die Beurteilung der „Neuheit“ aus Sicht des Unternehmens.

Marktneuheiten sind neue oder merklich verbesserte Produkte bzw. Dienstleistungen, die ein Unternehmen als erster Anbieter auf dem Markt eingeführt hat. Der Markt ist aus Sicht des jeweiligen Unternehmens definiert.

^a OECD/Eurostat. OECD, Paris 1997.

Die vorliegenden Daten lassen allerdings nicht den Schluss zu, dass die durchgeführten Innovationen bzw. Marktneuheiten kooperierender Unternehmen unmittelbar das Ergebnis ihrer Kooperationsaktivitäten sind. Es kann umgekehrt auch der Fall sein, dass innovative Unternehmen besonders stark von Kooperationsprojekten angezogen werden.

Die grundsätzlich positiven Befunde zur Innovationstätigkeit kooperierender Unternehmen werfen nunmehr die Frage auf, inwieweit die Innovationen bzw. Marktneuheiten auch zu Markterfolgen führen. Der im Rahmen des MIP erfasste Indikator „Umsatzanteil mit Marktneuheiten“ liefert hier Einblicke (vgl. Tabelle 2).

Ostdeutsche kooperierende Unternehmen erzielten im Jahr 2000 einen Umsatzanteil mit Marktneuheiten von 16,2%, während – kaum über-

Tabelle 2:
Umsatzanteil mit Marktneuheiten
- in % des Gesamtumsatzes im Jahr 2000 -

| | Kooperierende Unternehmen | Nicht-kooperierende Unternehmen |
|-------------------------|---------------------------|---------------------------------|
| Ostdeutschland (n=143) | 16,2 | 4,1 |
| Westdeutschland (n=401) | 11,8 | 6,2 |

Quellen: Mannheimer Innovationspanel 2001; Berechnungen des IWH.

raschend – die nicht-kooperierenden Unternehmen in Ostdeutschland mit 4,1% einen deutlich geringeren Umsatzanteil erzielten. In Westdeutschland betrug der Vergleichswert 11,8% bzw. 6,2%.

Kooperation und Produktivität

Bezüglich der Frage, ob sich kooperierende Unternehmen durch eine höhere Produktivität auszeichnen, zeigt sich, dass im Jahr 2000 zwischen ostdeutschen und westdeutschen kooperierenden Unternehmen eine deutliche Produktivitätslücke, gemessen am Umsatz je Beschäftigten, bestand.²⁴ Das heißt, ostdeutsche kooperierende Unternehmen wiesen lediglich 66% des Umsatzproduktivitätsniveaus westdeutscher kooperierender Unternehmen auf. Die Umsatzproduktivität der nicht-kooperierenden Unternehmen ist hingegen in Ost- und Westdeutschland nahezu gleich. Besonders überraschend ist, dass in Ostdeutschland die kooperierenden Unternehmen im Vergleich zu den nicht-kooperierenden durch eine leicht niedrigere Umsatzproduktivität gekennzeichnet waren, während in Westdeutschland der erwartete Produktivitätsvorteil kooperierender Unternehmen vorhanden war.

Die Ergebnisse vermitteln auf den ersten Blick den Eindruck, dass die Innovationskooperationen ostdeutscher Unternehmen bisher ohne Erfolg waren. Dabei darf jedoch keine Monokausalität unterstellt werden, denn die Anzahl der Faktoren, die die Produktivität beeinflussen können, ist sehr hoch.²⁵ Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass andere Einflussgrößen die vielleicht sehr wohl vorhandenen positiven Produktivitätseffekte der Innovationskooperation überlagern.

Dennoch werfen die Angaben in Tabelle 3 eine Diskussion über mögliche Ursachen für das Ausbleiben eines Produktivitätsvorteils kooperierender Unternehmen in Ostdeutschland auf, insbesondere angesichts der Tatsache, dass in Westdeutschland die erwarteten Produktivitätsvorteile kooperierender Unternehmen zu beobachten sind.

²⁴ Ein Vergleich der Umsatzproduktivität ist zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen problematisch, da die Größe „Umsatz“ die Vorleistungen einschließt. Eine Berechnung der Produktivität auf Basis der Wertschöpfung war jedoch mit den vorhandenen Daten des MIP nicht möglich.

²⁵ Vgl. RAGNITZ, J., u. a., a. a. O.

Tabelle 3:
Umsatzproduktivität kooperierender und nicht-kooperierender Unternehmen im Jahr 2000
- Umsatz pro Beschäftigten in 1 000 Euro -

| | Kooperierende Unternehmen | Nicht-kooperierende Unternehmen |
|--------------------------|---------------------------|---------------------------------|
| Ostdeutschland (n=552) | 137,3 | 151,6 |
| Westdeutschland (n=1180) | 208,8 | 168,5 |

Quellen: Mannheimer Innovationspanel 2001; Berechnungen des IWH.

Diskussion der Ergebnisse

Eine Produktivitätslücke zwischen ost- und westdeutschen kooperierenden Unternehmen sowie ein Zurückbleiben der Produktivität kooperierender Unternehmen hinter der Produktivität nicht-kooperierender Unternehmen innerhalb Ostdeutschlands wird auch in anderen empirisch-quantitativen Studien festgestellt, die sich mit verschiedenen Feldern der Kooperation beschäftigen.²⁶ Zur Erklärung wird häufig auf das Argument „Kooperation aus Schwäche“ verwiesen; die Annahme also, dass vor allem leistungsschwächere Unternehmen Kooperationen eingehen, um zukünftig ihre Lage zu verbessern. Die Ergebnisse dieses Beitrags unterstützen diese Sichtweise jedoch nicht vollständig, denn die Mehrzahl der kooperierenden Unternehmen sind innovative – also nicht notwendigerweise schwache – Unternehmen.

Der hier vorliegende Beitrag legt die Annahme nahe, dass Innovationskooperationen in Ostdeutschland die ihnen zugeschriebene effizienzsteigernde Funktion (noch) nicht vollständig entfaltet haben. Zum Aufbau einer funktionierenden Kooperation unter Beteiligung mehrerer Partner ist ein Zeithorizont von 10 Jahren nicht unrealistisch.²⁷ Hier mögen westdeutsche kooperierende Unternehmen über Vorteile verfügen, da viele westdeutsche Kooperationen allein vom Zeithorizont her ausgereifter sein dürften. Ferner legen die Ergebnisse dieses Beitrags die Annahme nahe, dass ostdeutsche In-

novationskooperationen insbesondere hinsichtlich einer adäquaten Vermarktung neuer Produkte Unzulänglichkeiten aufweisen. Diese Sichtweise ergibt sich vor allem angesichts der Tatsache, dass ostdeutsche kooperierende Unternehmen Innovationen durchführen und beachtliche Anteile ihres Umsatzes mit Marktneuheiten erzielen, aber – anders als westdeutsche kooperierende Unternehmen – nicht in der Lage sind, ihre Umsatzproduktivität zu verbessern.

Bleibt die Frage, warum nicht-kooperierende Unternehmen in Ostdeutschland eine bessere Umsatzproduktivität aufweisen, als kooperierende Unternehmen. Hier ist davon auszugehen, dass Innovationskooperationen – ähnlich wie FuE-Aktivitäten – Investitionen darstellen, die in den kooperierenden Unternehmen Ressourcen binden und nur langfristig Vorteile gegenüber nicht-kooperierenden Unternehmen generieren. Angesichts dieser Überlegungen spielt also der Faktor Zeit eine nicht unbedeutende Rolle für das Wirksamwerden von Kooperationsaktivitäten.

Fazit

Die hier vorliegende Untersuchung zeigt, dass in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland deutlich mehr Unternehmen an Innovationskooperationen partizipieren und dass Unterschiede hinsichtlich der Kooperationspartner die unterschiedlichen strukturellen Gegebenheiten widerspiegeln, wobei letzteres kaum als Defizit der ostdeutschen Kooperationslandschaft beurteilt werden kann. Angesichts dieser „quantitativen“ Entwicklungen erscheint es nicht notwendig, mittels innovationspolitischer Programme in Ostdeutschland die Gründung weiterer Innovationskooperationen zu unterstützen – zumal die Gefahr „künstlich“ geschaffener Kooperationen besteht. Schließt man sich den hier angestellten Überlegungen an, erscheint es allenfalls ratsam, die Qualität bestehender Innovationskooperationen dahingehend zu verbessern, dass die Synergie- und Größenvorteile der Innovationskooperationen auch auf eine Verbesserung des Marketings und des Vertriebs ausgeweitet werden. Dabei sind allerdings weniger die Politiker als vielmehr die kooperierenden Unternehmen selbst gefordert.

Jutta.Günther@iwh-halle.de

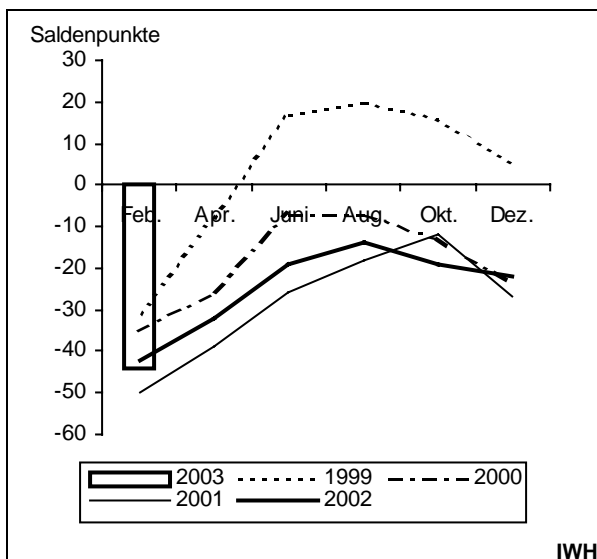
²⁶ Vgl. z. B. BRUSSIG, M.; KINKEL, S.; LAY, G.: Verbreitung und Nutzen regionaler Netzwerke in der deutschen Investitionsgüterindustrie; erscheint 2003 in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie.

²⁷ Das zeigt sehr anschaulich die Fallstudie einer Einkaufskooperation im ostdeutschen Maschinenbau. Vgl. BRUSSIG, M.; KINKEL, S.; LAY, G., a. a. O.

Ostdeutsches Baugewerbe im Februar 2003: Trübe Lage hält an

Das Geschäftsklima des ostdeutschen Baugewerbes hat sich laut jüngster IWH-Baumfrage auch zu Anfang dieses Jahres nicht nennenswert geändert. Saisonüblich bewerten die 300 regelmäßig vom IWH befragten Unternehmen ihre derzeitige Geschäftslage schlechter und die Geschäftsaussichten bis zum Sommer wieder etwas günstiger als in der vorangegangenen Befragung im Dezember. Gegenüber der Situation vor Jahresfrist ergibt sich dabei ein nur wenig verändertes, überwiegend durch Skepsis geprägtes Gesamtbild. Wie vor einem Jahr beurteilen etwa 70% der Unternehmen ihre Lage und Aussichten als schlecht oder eher schlecht.

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

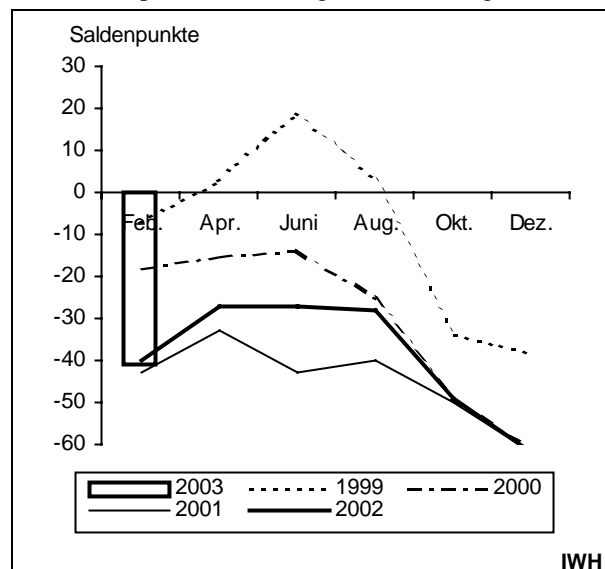


Quelle: IWH-Baumfragen.

Das in den zurückliegenden Befragungen festgestellte Auseinanderdriften der Sparten fällt allerdings nicht mehr ganz so stark aus. Zwar bewerten die Tiefbauunternehmen ihr Geschäftsklima – wie bereits in den letzten beiden Umfragen – nicht ganz so ungünstig wie noch vor einem Jahr. Wegen der Streckung der Produktionsimpulse aus der Beseitigung der Flutschäden auf einen längeren Zeitraum als ursprünglich angenommen hebt sich allerdings der Tiefbau nicht mehr ganz so deutlich von den anderen Unternehmen ab. Der Abstand gegenüber dem Vorjahreswert fällt bei den Geschäftsaussichten bis zum Sommer mit 8 Punkten nur noch mäßig aus.

Die Hoch- und Ausbauunternehmen beurteilen sowohl das aktuelle als auch das zukünftige Baugeschäft immer noch schlechter als vor zwölf Monaten. Allerdings ergeben sich bei dem vormals besonders stark vom Nachfrageeinbruch betroffenen Hochbau nicht mehr ganz so einschneidende Rückgänge gegenüber dem Vorjahr. Diese Tendenz zeigt sich auch daran, dass der negative Stimmenanteil bei den Geschäftsaussichten gegenüber der vorangegangenen Befragung im Dezember deutlich abgenommen hat. Dahinter dürften insbesondere die angekündigten Änderungen bei der Eigenheimzulage stehen, die aufgrund des beabsichtig-

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

ten Vertrauensschutzes bis zum Frühsommer 2003 bei den privaten Haushalten vorgezogene Investitionsentscheidungen ausgelöst haben. Der Rückgang im Wohnungsneubau wird sich deshalb vorübergehend verlangsamen.

Im Ausbaugewerbe scheinen dagegen die notwendigen Instandsetzungsarbeiten im Gebäudebestand der von der Flut betroffenen Regionen bereits auszulaufen. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten werden hier so schlecht wie noch nie in einem Februar seit Beginn der Befragung im Jahr 1993 beurteilt.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – Februar 2003

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

| Gruppen/Wertungen | gut (+) | | | eher gut (+) | | | eher schlecht (-) | | | schlecht (-) | | | Saldo | | |
|--|---|-----------|-----------|--------------|-----------|-----------|-------------------|-----------|-----------|--------------|-----------|-----------|------------|------------|------------|
| | Feb 02 | Dez 02 | Feb 03 | Feb 02 | Dez 02 | Feb 03 | Feb 02 | Dez 02 | Feb 03 | Feb 02 | Dez 02 | Feb 03 | Feb 02 | Dez 02 | Feb 03 |
| | - in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a - | | | | | | | | | | | | | | |
| Geschäftslage | | | | | | | | | | | | | | | |
| Baugewerbe insgesamt | 6 | 10 | 6 | 23 | 29 | 22 | 43 | 41 | 46 | 28 | 20 | 26 | -42 | -22 | -44 |
| Zweige/Sparten | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bauhauptgewerbe darunter ^b | 3 | 8 | 5 | 24 | 31 | 23 | 43 | 37 | 47 | 31 | 24 | 26 | -47 | -23 | -45 |
| Hochbau | 4 | 7 | 4 | 26 | 25 | 22 | 39 | 40 | 45 | 31 | 28 | 30 | -40 | -36 | -49 |
| Tiefbau | 1 | 9 | 8 | 21 | 40 | 26 | 48 | 34 | 47 | 31 | 17 | 19 | -57 | -1 | -32 |
| Ausbaugewerbe | 13 | 17 | 7 | 21 | 24 | 23 | 42 | 47 | 44 | 24 | 12 | 27 | -32 | -18 | -41 |
| Größengruppen | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 bis 19 Beschäftigte | 6 | 16 | 9 | 22 | 23 | 15 | 37 | 34 | 40 | 35 | 26 | 36 | -44 | -21 | -52 |
| 20 bis 249 Beschäftigte | 8 | 8 | 5 | 23 | 28 | 24 | 44 | 45 | 49 | 26 | 18 | 22 | -40 | -26 | -43 |
| 250 und mehr Beschäftigte | 0 | 0 | 0 | 33 | 78 | 60 | 50 | 22 | 40 | 17 | 0 | 0 | -33 | 56 | 20 |
| Statusgruppen | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bauindustrie | | | | | | | | | | | | | | | |
| Privatisierte | | | | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen | 2 | 6 | 0 | 27 | 41 | 24 | 52 | 39 | 54 | 19 | 14 | 23 | -42 | -6 | -53 |
| Neugründungen | 7 | 3 | 7 | 21 | 36 | 34 | 40 | 44 | 34 | 32 | 16 | 26 | -44 | -21 | -19 |
| Bauhandwerk | 9 | 14 | 6 | 16 | 22 | 21 | 37 | 41 | 43 | 39 | 23 | 29 | -51 | -28 | -45 |
| Geschäftsaussichten | | | | | | | | | | | | | | | |
| Baugewerbe insgesamt | 6 | 3 | 5 | 24 | 16 | 25 | 50 | 53 | 52 | 20 | 29 | 19 | -40 | -62 | -41 |
| Zweige/Sparten | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bauhauptgewerbe darunter ^b | 4 | 1 | 5 | 25 | 15 | 25 | 51 | 53 | 53 | 20 | 31 | 17 | -41 | -69 | -40 |
| Hochbau | 5 | 1 | 3 | 24 | 12 | 25 | 52 | 51 | 52 | 19 | 36 | 21 | -41 | -75 | -45 |
| Tiefbau | 2 | 1 | 5 | 27 | 22 | 28 | 50 | 53 | 56 | 21 | 25 | 11 | -42 | -55 | -34 |
| Ausbaugewerbe | 11 | 9 | 4 | 21 | 18 | 25 | 48 | 50 | 50 | 20 | 23 | 22 | -35 | -47 | -44 |
| Größengruppen | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 bis 19 Beschäftigte | 6 | 9 | 7 | 25 | 15 | 23 | 39 | 42 | 48 | 29 | 35 | 23 | -37 | -53 | -40 |
| 20 bis 249 Beschäftigte | 8 | 1 | 3 | 23 | 15 | 25 | 54 | 55 | 54 | 16 | 28 | 18 | -40 | -68 | -44 |
| 250 und mehr Beschäftigte | 0 | 0 | 0 | 33 | 40 | 60 | 50 | 60 | 40 | 17 | 0 | 0 | -33 | -20 | 20 |
| Statusgruppen | | | | | | | | | | | | | | | |
| Bauindustrie | | | | | | | | | | | | | | | |
| Privatisierte | | | | | | | | | | | | | | | |
| Unternehmen | 2 | 0 | 2 | 28 | 21 | 25 | 55 | 55 | 55 | 16 | 24 | 18 | -41 | -58 | -46 |
| Neugründungen | 10 | 3 | 1 | 17 | 25 | 34 | 48 | 44 | 45 | 25 | 28 | 20 | -46 | -44 | -30 |
| Bauhandwerk | 6 | 5 | 4 | 26 | 11 | 23 | 39 | 54 | 52 | 29 | 31 | 21 | -38 | -69 | -45 |

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.